

Sozial – regional – demokratisch

***Ein lebenswerter Main-Kinzig-
Kreis für alle***

***Kommunalwahlprogramm 2011 der Partei
DIE LINKE. Main-Kinzig***

Eine andere Politik ist möglich

DIE LINKE Main-Kinzig tritt bei der Kommunalwahl 2011 an, um den Bürgerinnen und Bürgern eine echte Alternative zu den etablierten Parteien zu bieten. Soweit dies kommunalpolitisch möglich ist, streben wir die Gestaltung eines sozialen und modernen Lebensraumes an, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises wohlfühlen.

DIE LINKE steht in Bund, Land, Kreisen und Kommunen in Opposition zur herrschenden Politik des fortgesetzten Sozial- und Demokratieabbaus. Sie tritt für ein anderes Politik- und Gesellschaftsmodell ein und sieht sich darin durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise nachdrücklich bestärkt. Denn diese Krise ist auch eine direkte Folge des Sozial- und Demokratieabbaus und der fortgesetzten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Wir setzen dieser verhängnisvollen Entwicklung das Ziel einer solidarischen, friedlichen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft entgegen. Es ist an der Zeit, einen anderen gesellschaftspolitischen Entwicklungspfad zu beschreiten.

Die LINKE Main Kinzig Kreistags spricht sich gegen eine „Schuldenbremse“ in Hessen aus. Sie ist keine Schuldenbremse, sondern eine Wachstums- und Sozialstaatsbremse.

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit und als konsequente Friedenspartei mit striktem antifaschistischem Anspruch wird die Partei DIE LINKE ihre kommunalpolitische Kompetenz in den Aufbau des Main-Kinzig-Kreises und dessen Kommunen einbringen.

Es geht auch anders!

Die LINKE. Main-Kinzig stellt ihre Politik unter drei Hauptziele:

1. Würdevolles Leben und gute Arbeit für die Menschen im Main-Kinzig-Kreis.
2. Mehr Beteiligung und Mitentscheidung für die Bürgerinnen und Bürger.
3. Jede kommunalpolitische Entscheidung kommt auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Wachsender Reichtum – wachsende Armut

Der wachsende gesellschaftliche Reichtum in Deutschland wird seit vielen Jahren immer ungleicher verteilt. Auch im Main-Kinzig-Kreis hat die Armut drastisch zugenommen, selbst im wirtschaftlichen „Aufschwung“. Gleichzeitig gibt es immer mehr Reiche. Niedriglöhne und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf der einen sowie wachsende Profite auf der anderen Seite sind die die beiden Seiten einer Medaille, der kapitalistischen Gesellschaft.

Es ist kein Naturgesetz, dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können, dass Kinder hungrig zum Unterricht kommen, dass Schulklassen zu groß sind und Kinderkrippenplätze fehlen. Es muss nicht sein, dass Sportplätze und Schwimmbäder geschlossen werden, der ohnehin schlechte öffentliche Nahverkehr immer teurer wird und öffentliches Eigentum privatisiert wird. Die Ursachen und die Verursacher sind bekannt! Die gleichen Personen, die das hohe Lied vom Sparen singen, bedienen sich selbst immer schamloser. Und sie lassen sich bedienen – von Politiker/innen, die Steuern für Konzerne und Banken senken, gleichzeitig Armutsgesetze einführen, öffentliches Eigentum verschleudern, Auslandseinsätze der Bundeswehr beschließen und Bürgerrechte beschneiden.

DIE LINKE. Main-Kinzig unterstützt den vielfältigen Widerstand und Protest gegen die herrschende Politik, die die Spaltung der Gesellschaft und die Ausgrenzung vieler Menschen vom gesellschaftlichen Leben zementiert und weiter vertieft. Ohne Bewegung bewegt sich nichts. Für unser Selbstverständnis als LINKE gilt: „Wählt uns, mischt euch ein, macht mit – unsere Stärke ist gemeinsames Handeln!“

Veränderung beginnt in den Kommunen

Wir haben schon viel bewegt, aber noch nicht genug. Im Bundestag setzt sich DIE LINKE für die

Abschaffung von Hartz IV und die Einführung eines bundesweiten und einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 10 Euro ein.

Wir wissen, dass auf Kreisebene und in den Kommunen nicht all das repariert oder ausgeglichen werden kann, was auf Bundes- und Landesebene zu Lasten der Einwohnerinnen und Einwohner beschlossen wurde. Dennoch tun wir im Main-Kinzig-Kreis unser Möglichstes: Wir setzen wir uns für Verbesserungen bei der KCA (Kommunales Center für Arbeit, früher: AQA, Gesellschaft für Arbeit und Ausbildung) ein. Wir sind gegen Zwangsumzüge von ALG II-Bezieher/innen und für die Einführung eines Sozialtickets und eines Sozialpasses. Wir haben die kostengünstige Schulspeisung initiiert und immer wieder auf Missstände bei der Arbeit der früheren AQA hingewiesen. In diesem Sinne werden wir uns weiter als Sprachrohr für die Betroffenen auf politischer Ebene einsetzen. Wir werden Missstände benennen und Verbesserungen fordern.

Kommunale Handlungsmöglichkeiten erweitern

Kommunale Politik braucht entsprechende Spielräume. Wir wollen, dass die Menschen aktiv in die Gestaltung ihrer Lebensumstände eingreifen und das auch können. Deshalb treten wir für eine Stärkung der Kommunen ein – rechtlich und finanziell. Die katastrophale Haushaltslage des Kreises und vieler Kommunen darf nicht zur Handlungsunfähigkeit führen. Und sie muss es auch nicht, wenn die Umverteilung von unten nach oben, von den Kommunen zu Land und Bund, gestoppt wird.

Zu den kommunalen Spielräumen gehört auch eine nachhaltige Förderung regionaler mitteständischer Betriebe.

Demokratisch – sozial – solidarisch

DIE LINKE.Main Kinzig will Politik nicht stellvertretend für andere Menschen entwickeln, sondern gemeinsam mit ihnen. Deshalb sucht sie die Zusammenarbeit mit sozialen Initiativen und Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Friedens- und Antifagruppen, mit Jugend- und Seniorenverbänden, mit Selbsthilfegruppen und Migrant*innenverbänden – kurz mit allen, die für ein soziales und solidarisches Miteinander eintreten.

Wir wollen, dass sich alle Menschen am gesellschaftlichen Leben beteiligen können – unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrem Einkommen, ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft und ihrem Alter. Alle im Main-Kinzig-Kreis sollen die Chance haben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und einzubringen. Sozial und solidarisch sein bedeutet aus unserer Sicht, für Menschen einzutreten, die anders leben wollen, als es vorherrschenden Lebensentwürfen entspricht. Es bedeutet auch, für diejenigen einzutreten, die als Migrant*innen oder Flüchtlinge zu uns kommen.

Eine soziale und solidarische Politik ist untrennbar verknüpft mit ökologischen Zielen, mit dem Schutz der Umwelt für uns selbst und für kommende Generationen. Sie steht dem Ansinnen von Rassisten und Faschisten entgegen und zielt auf eine Erweiterung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner.

DIE LINKE ist eine noch junge Partei, aber sie wirkt! Unsere Themen sind in aller Munde – auch durch unsere bisherige Arbeit in den Stadtparlamenten Hanau und Gelnhausen sowie im Kreistag und in den Ortsbeiräten in Neuberg und Wächtersbach.

DIE LINKE. Main-Kinzig, geschäftsführender Kreisvorstand

Hanau, den 11.11.2010

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Armut bekämpfen, nicht die Armen	5
2. Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen	9
3. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken	11
4. Zukunft für Kinder und Jugendliche	16
5. Bildung für alle	17
6. Kulturelle Teilhabe für alle	19
7. Sport ist mehr als „Leistung, Leistung, Leistung“	20
8. Verkehr sozial und ökologisch steuern	21
9. Gesundheit und Erholung für alle	24
10. Wohnen ist Menschenrecht	26
11. Mehr Beteiligung – mehr Mitentscheidung – mehr Demokratie	27
12. Lebenswerte Umwelt für alle	28
13. Der Fall Staudinger	32
14. Kommunalpolitik ist auch Friedenspolitik	34
15. Frauenrechte sind Menschenrechte	36
16. Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	39
17. Migrationspolitik	41
18. Reiseziel Main-Kinzig-Kreis: Touristische Potenziale besser nutzen	42
19. Für eine realistische und humane Drogenpolitik im Kreis	44

Redaktion: Thomas Maurer

1. Armut bekämpfen, nicht die Armen

Das soziale Netz wurde in den vergangenen Jahren immer weiter durchlöchert. Mit Hartz IV und der Rente mit 67 Jahren wurde für Millionen Menschen der Weg in die Armut beschlossen. DIE LINKE entstand auch im Widerstand gegen diese Politik und fühlt sich diesem Ursprung verpflichtet. Menschenwürde, Selbstbestimmung und Solidarität sind für uns Schlüsselbegriffe sozialer Politik.

Menschenwürde nicht verletzen

Die Achtung der Menschenwürde ist Verfassungsgebot. DIE LINKE. Main-Kinzig tritt dafür ein, dass ein selbstbestimmtes Leben auch beim Bezug von Sozialleistungen möglich ist. Besondere Berücksichtigung muss die Situation Alleinerziehender finden. Das KCA (früher: AQA) muss mehr Gewicht auf das „Fördern“ als auf das „Fordern“ legen. Dies gilt vor allem gegenüber den jungen Erwachsenen unter 25 Jahren, denen schnell die gesamten Zahlungen einschließlich der Miete gekürzt werden. DIE LINKE. Main-Kinzig lehnt es ab, Beziehenden und Bezieher von existenzsichernden Leistungen durch Sanktionen unter Druck zu setzen. DIE LINKE. Main-Kinzig wendet sich darüber hinaus ebenso gegen Zwangsumzüge und den Zwang zu 1-Euro-Jobs.

Hartz IV und Optionskommunen überwinden

Kommunale Politik darf nicht zum „Ausputzer“ von unsozialen Bundesgesetzen wie Hartz IV verkommen. Bis zu deren Überwindung müssen die Auswirkungen auf die Betroffenen vor Ort soweit wie möglich verringert werden.

Der Main-Kinzig-Kreis hat eine unrühmliche Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Hartz-Gesetze mit dem sogenannten Optionsmodell übernommen. Union, FDP und SPD haben sich zusammengefunden, um mit der sogenannten Jobcenter-Reform für alle Hartz IV-Betroffene die Arbeitsverwaltung neu zu regeln. Ein zentrales Ziel: die Betreuung und Vermittlung von Erwerbslosen zu einem größeren Teil auf die Kommunen zu übertragen. Damit droht ein arbeitsmarktpolitischer Flickenteppich, der auch noch den Steuerzahler teuer zu stehen kommt.

DIE LINKE fordert dagegen eine einheitliche Arbeitsverwaltung. Wir meinen: Die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse erfordert eine bundesweite Arbeitsmarktpolitik und keine weitergehende kommunale Zuständigkeit. Die Einführung der Optionskommunen geht wesentlich auf den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zurück. Dieser hatte sich bei Amerika-Aufenthalten für die US-Sozialhilfereform begeistert. Vorbildlich erschien ihm der erhöhte Druck auf die Erwerbslosen und die dezentrale Zuständigkeit.

Keine Kommunalisierung in der Arbeitsmarktpolitik

Die Kommunalisierung der Arbeitsverwaltung ist ordnungspolitisch ein falscher Weg. Erwerbslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und darf als solches nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Wer eine einheitliche Rechtsanwendung möchte, für wen die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Land ein wichtiges Ziel darstellt, wem an einer bundesweiten Arbeitsmarktpolitik gelegen ist, darf die Zuständigkeit für das SGB II nicht auf die Kommunen übertragen.

Kommunen betreiben in Eigenregie keine bessere Arbeitsvermittlung. Im Gegenteil. Ein Bericht der letzten Bundesregierung belegt: Optionskommunen sind nachweisbar weniger in der Lage Erwerbslose in bedarfsdeckende Beschäftigung zu vermitteln und aus der Hilfebedürftigkeit herauszuführen als die Jobcenter der Arbeitsagentur. Das heißt: Sie vermitteln öfter auf Arbeitsplätze, von deren Lohn die Menschen nicht leben können, oder in befristete Arbeitsverhältnisse, so dass nach einiger Zeit die Betroffenen wieder erwerbslos werden. Das ist schlimm für die Betroffenen und belastet die Gemeinschaft. Denn das bedeutet: mehr Ausgaben bei den Sozialleistungen, weniger Einnahmen bei den Steuern und den Sozialversicherungen.

Stellt man das Modell einer vollständig kommunalisierten Arbeitsvermittlung dem Modell einer bundesweit einheitlichen Arbeitsvermittlung gegenüber, ergeben sich rechnerische Mehrkosten von 3,9 Milliarden Euro. Angesichts dieser Ergebnisse nun die Optionskommunen auszuweiten, die jahrelange wissenschaftliche Begleitforschung und verkehrt die Ergebnisse ins Gegenteil.

Ferner ergeben sich massive Probleme aus der getrennten Finanzierungs- und der Umsetzungsverantwortung. Der Bundesrechnungshof, bestimmt kein Freund der Linken, kritisiert: Das Modell der Bundesregierung gibt ein einheitliches System zur Grundsicherung für Arbeitsuchende dauerhaft auf und führt zu einem unnötig komplizierten Verwaltungsaufbau mit entsprechenden finanziellen Mehrausgaben. DIE LINKE steht mit ihrer Haltung nicht allein da. Der DGB lehnt eine „Ausweitung der Optionskommunen“ mit der Begründung ab, diese würde die bestehenden „Strukturprobleme weiter verschärfen“. Er fordert: „Der einheitliche Arbeitsmarkt darf nicht aus dem Blick geraten.“

Das Erwerbslosenforum kritisiert: „Mit der Ausweitung der Optionskommunen werden die Arbeitslosen zweiter Klasse für kommunale Eigeninteressen missbraucht werden und können sich wegen der Schaffung alter Sozialhilfestrukturen kaum auf bundeseinheitliche Rechtsauslegung verlassen. Damit wird die Entrechtung von Hartz IV- BezieherInnen im Grundgesetz zementiert.“ (Martin Behrsing, Sprecher und Geschäftsführer des Erwerbslosenforum Deutschland). Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen e.V. (BAG PLESA) lehnt eine „Dezentralisierung“ oder „Kommunalisierung“ sozialer Leistungen ab.

Die LINKE.Main-Kinzig ist die einzige Partei im Kreistag, die dieses Modell ablehnt und immer wieder auf dessen Auswüchse hingewiesen hat. Beispiele dafür sind die Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten auch in die Zeitarbeit, das flächendeckende Elektroschrottreycling durch Arbeitsgelegenheiten sowie der im Kreishaushalt festgelegte Personalabbau – etwa bei den Schulhausmeistern. Zur Kritik an der bisherigen Kreispolitik gehört auch die unzureichende Personalausstattung der Servicecenter und die vielfach unzumutbaren Arbeitsbedingungen der dortigen Mitarbeiter.

Es ist für DIE LINKE. Main-Kinzig selbstverständlich, dass alle kommunalen Spielräume dafür genutzt werden, um die Situation für alle Betroffenen erträglicher zu gestalten.

Soziale Schieflage im Main-Kinzig-Kreis

Die Kreisspitze feiert den Main-Kinzig-Kreis als „Boomregion“. Der Kreis ist aber gespalten, die Schere zwischen arm und reich, zwischen westlichem und östliche Main-Kinzig-Kreis öffnet sich weiter. Ganze Kommunen im Osten des Kreises, insbesondere die durch Insolvenzen – beispielsweise von Tabbert und Plastal – betroffenen, drohen abgehängt zu werden. Zunehmend mehr Menschen sind vom vorhandenen Reichtum ausgeschlossen. Migranten, Alleinerziehende und Kinder sind von der sozialen Schieflage in überdurchschnittlichem Maße betroffen. Sie sind in mehrfacher Hinsicht – sozial, kulturell, in der Bildung – benachteiligt. Rund 25.000 (**wird aktualisiert**) Menschen sind auf Hartz IV angewiesen. Darunter viele Kinder. Hartz IV-Empfänger leiden insbesondere dort, wo kein Mietspiegel besteht, unter unzumutbaren Umzügen und Wohnbedingungen. DIE LINKE. Main-Kinzig unterstützt deshalb die Forderung nach höheren Mietobergrenzen für Hartz IV-Empfänger.

Von monatlich 359 Euro Hartz IV (Regelsatz für Alleinstehende, Stand 2009, **wird aktualisiert**) plus Kosten der Unterkunft kann man in ganz Deutschland nicht leben. Steigende Energiepreise, Fahrten im öffentlichen Nahverkehr, Ersatzanschaffungen für Bekleidung und Wohnung sind davon nicht zu finanzieren.

Längst sind aber nicht nur Bezieher von Sozialleistungen arm: Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm. Sie müssen zu erbärmlich niedrigen Löhnen in unbefristeten Jobs arbeiten, sind in schlecht bezahlten Leih- oder Teilzeitarbeitsverhältnissen sowie in anderen prekären Beschäftigungen tätig. Die bundesweite Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes von zehn Euro, wie ihn DIE LINKE. fordert, ist ebenso überfällig wie eine repressionsfreie Mindestsicherung deutlich über Hartz IV-Niveau. Hier gibt es kommunal jedoch leider wenig

Handlungsspielraum. Wenigstens muss endlich Schluss sein mit der im Main-Kinzig-Kreis betriebenen Praxis, durch Ausgliederungen von Teilen der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Gesellschaften selber Lohndumping zu betreiben (z. B. in einigen Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäusern). Deshalb Schluss mit Niedriglohn- und 1-Euro-Jobs im kommunalen Bereich!

Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors

DIE LINKE. Main-Kinzig setzt sich entschieden dafür ein, dass wirklich jeder Beschäftigte beim Kreis, der Stadt oder den Gemeinden eine vollwertige Arbeitsstelle erhält, die nach Tarif- oder Mindestlohn bezahlt wird!

Die Beschäftigung für € 1,- ist menschenunwürdig und bedroht bestehende vollwertige Arbeitsplätze. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor entspannt die Arbeitslosigkeit innerhalb der Gemeinde. Die dann sinkenden Kosten für Arbeitslosigkeit sind bei der Kosten-Nutzenrechnung zu berücksichtigen. Vor allem aber werden mit diesen gemeindeeigenen vollwertigen Arbeitsplätzen neue Perspektiven für die bei der Gemeinde Angestellten und für ihre Familien geschaffen.

Soziale Gerechtigkeit durch öffentliches Eigentum

Unser oberstes Ziel ist eine größtmögliche kommunale Selbstverwaltung. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und ausbauen.

Das bedeutet konkret: die Kommunalpolitik soll ihre volle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, wenn es um eine umweltgerechte Energie- u. Wasserversorgung, Abwasser, Abfallwirtschaft, öffentlichen Personenverkehr, Krankenhausversorgung, Seniorenbetreuung u. a. geht!

Bestes Beispiel ist die Politik der Main-Kinzig-Gas. Hier konnten die kommunalen Entscheidungsträger ihre Vorstellungen nicht durchsetzen, weil der 50%ige Miteigentümer Mainova die Preisgestaltung diktierte. Hier hat sich DIE LINKE für eine Rekommunalisierung eingesetzt, damit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die Entscheidungen des Kreistages auch umgesetzt werden können.

Sozialverträgliche Gebühren

DIE LINKE. Main-Kinzig versteht sich auch als Vertreter der sozial Benachteiligten in unserem Kreis. Besonders im Interesse dieser Bevölkerungsgruppe treten wir für einen Sozialtarif in den Bereichen Gas, Wasser, Strom und Müllabfuhr sowie für einen kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehr ein. Unser langfristiges Ziel im Main-Kinzig-Kreis ist zudem eine nach Verbrauchsgruppen gestaffelte und ökologischen Kriterien genügende kostenlose Grundversorgung mit Trinkwasser.

Bessere Finanzausstattung

Für den Kreis und die Kommunen fordert DIE LINKE. Main-Kinzig eine bessere finanzielle Ausstattung. Wir verlangen mehr Gelder vom Land für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen eine gerechte Kreisumlage, die die Gemeinden entlasten und ihnen mehr Handlungsfreiheit erlaubt. Wir werden in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hinweisen, dass der dramatische Rückgang der Staatseinnahmen, mit dem die Ablehnung solcher Forderung meist begründet wird, nicht naturgegeben ist. Sie sind auch Folge einer rosa-grün-schwarz-gelben Politik der Umverteilung von unten nach oben, der Privatisierung und der Steuerreformen zugunsten derjenigen, die es eigentlich nicht nötig haben.

Politik gegen Armut und Ausgrenzung

Wir setzen uns mit aller Kraft für bessere Bedingungen und die Rechte von Hartz-VI Empfängern, Zeitarbeitern, alleinerziehenden Müttern und Vätern, Senioren, Kindern in Armut, Menschen mit Behinderung, und anderen Menschen mit geringem Einkommen ein. Wir fordern ebenso einen Mietspiegel, der den tatsächlichen Mietpreisen entspricht, eine zügige Bearbeitung von Sozialanträgen, die Einhaltung der Pfändungsfreibeträge und das Recht auf ein Guthabenkonto. Kindes- und Altersarmut im Kreis darf nicht nur verwaltet werden. Sie muss entschieden bekämpft werden. Unser Ziel ist eine Politik gegen Armut und Ausgrenzung.

Internet für alle

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert eine moderne und bezahlbare Breitband-Internetverbindung für den gesamten Kreis. Es darf nicht sein, dass unsere ländlichen Regionen von modernen Kommunikationstechnologien ausgespart werden, weil privatisierte Telekommunikationsunternehmen aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte keinen Profit erwirtschaften können. Eine schnelle Internetverbindung ist Voraussetzung für die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie auch in strukturschwächeren Regionen unseres Kreises. Wirtschaftsanalysen zeigen, dass zur Standortzufriedenheit von Unternehmen eine Breitband-Internetverbindung nach der Verkehrsinfrastruktur als zweitwichtigster Faktor für den Wirtschaftsstandort genannt wird.

Mindestens ebenso wichtig ist, allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eines kostenfreien Internetzugangs zu schaffen. Im Rahmen seiner politischen und finanziellen Befugnisse soll der Main-Kinzig-Kreis in diesem Sinne auf die Kommunen einwirken.

Für ein würdevolles Leben im Alter

Altersarmut, besonders bei Frauen, breitet sich immer mehr aus. Dem ist auch kommunal entgegenzusteuern. Nach einem langen Arbeitsleben haben die Menschen ein Anrecht auf ein würdevolles Leben im Alter.

- Wir wollen, dass ältere Menschen nicht gegen ihren Willen aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld heraus gerissen werden und Wohnen im ursprünglichen Umfeld gefördert wird.
- Wir wollen Umzugsbeihilfen für ältere Menschen, die in eine altersgerechte und finanzierbare Wohnung im gewohnten Umfeld umziehen wollen.
- Wir wollen spezielle Kulturangebote für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern.
- Wir unterstützen die Einführung einer möglichst flächendeckenden Beratung und umfassender ambulanter Hilfen für Rentnerinnen und Rentner in den Städten und Gemeinden zu den Fragen des selbstbestimmten Älterwerdens. Ebenso unterstützen wir Initiativen, die das selbstbestimmte Altern fördern wollen.
- Wir streben den qualitativen Ausbau von Altenpflegeeinrichtungen an. Dazu gehört auch eine zufriedenstellende soziale Situation der dort Beschäftigten und eine aktive Politik gegen den Fachkräftemangel im Altenpflegebereich.

2. Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind durch den Abbau des Sozialstaates auch auf kommunaler Ebene verstärkter Benachteiligung ausgesetzt. DIE LINKE. Main-Kinzig stellt sich dieser Entwicklung entgegen.

Behindertenpolitik ist für uns ein Querschnittsthema, das in alle Politikfelder fließt. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen – ob jung oder alt – eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen. Dies kommt allen Menschen zugute.

Wir fordern eine emanzipatorische Behindertenpolitik auf der Grundlage der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen und den fortschrittlichen Traditionen europäischer Sozialstaaten, damit auch Menschen mit Behinderungen am Leben in unserer Gesellschaft teilhaben können.

Das Verständnis von Barrierefreiheit ist oft noch zu sehr an Menschen orientiert, die körperbehindert sind. Es berücksichtigt andere Arten von Behinderungen, wie Taubheit, Blindheit, geistige und psychische Behinderungen, zu wenig. Auch wenn es in den letzten Jahren im Main-Kinzig-Kreis durchaus positive Ansätze für die Schaffung von Barrierefreiheit gab, so tragen diese der steigenden Zahl von Behinderungen nicht Rechnung. Längst sind nicht alle Verkehrsmittel barrierefrei zu erreichen. Oft sind Schwimmbäder, Kinos und andere Einrichtungen für behinderte Menschen wegen fehlender Rampen oder Aufzüge nicht zugänglich. Viele Straßen im Main-Kinzig-Kreis stellen für Blinde, Rollstuhlfahrer- und fahrerinnen aber auch für Eltern mit Kinderwagen schwer überwindbare Hindernisse dar. Gehwege sind zu schmal, es fehlen Blindenleitsysteme und an den meisten Ampeln auch akustische Signale und die Grünphasen sind zu kurz.

Die soziale Situation von Menschen mit Behinderung verbessern

Ein weiterer Aspekt, den DIE LINKE Main-Kinzig in den Mittelpunkt der Behindertenpolitik stellt, betrifft die Vermittlungschancen für Menschen mit Behinderungen in geregelte, tariflich entlohnte und sozialversicherungspflichtige Berufstätigkeit. Der Anteil der Menschen mit Behinderungen am Erwerbslosenheer ist auch im Main-Kinzig-Kreis überdurchschnittlich hoch. Desweiteren ist festzustellen, dass sich die politisch Verantwortlichen immer mehr ihrer Fürsorgepflicht entziehen. Von geschützten Arbeitsplätzen in den Behindertenwerkstätten des Kreises kann man wohl kaum noch sprechen, wenn sich diese immer mehr am Markt orientieren müssen. Akkordarbeit zu Dumpinglöhnen ist die Folge.

Der kommunalen Umsetzung des seit dem 1. Januar 2008 eingeführten „Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets“, steht DIE LINKE. Main-Kinzig kritisch gegenüber. Bereits in dessen Modellprojektphase war die eindeutige Zielsetzung eine Verhinderung des weiteren Anstiegs des finanziellen Betreuungsaufwands. Die Gefahren dieses Einspar- und Kürzungsprogramms liegen vor allem in den Einzelfallentscheidungen begründet. Die Einzelfallentscheidungen zur Bewilligung des persönlichen Bedarfs bzw. Budgets erschweren den Betroffenen bei Kürzungen eine solidarische Gegenwehr. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass Menschen mit Behinderungen zum Lohndumping zum Beispiel gegenüber ihren Betreuerinnen und Betreuern (Leistungserbringer) missbraucht werden. Bei Leistungskürzungen des persönlichen Budgets durch die öffentlichen Haushalte wären Menschen mit Behinderung zur Aushebelung der Vergütungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern gezwungen. Eine Vorgehensweise, die Leistungsqualität senkt und langfristig zu einer Unterversorgung führen kann. Für DIE LINKE. Main-Kinzig sind deshalb reale Chancengleichheit und uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, fernab einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die politische Zielsetzung.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert:

- Barrierefreiheit, das heißt die uneingeschränkte Nutzung öffentlicher Gebäude, Einrichtungen und Verkehrsmittel sowie der elektronischen Kommunikation inklusive Kindertagesstätten und Schulen. Hierzu gehören in allen öffentlichen Einrichtungen barrierefreie schriftliche Informationen und Formulare auch für Menschen mit geistiger Behinderung. Ebenso die Bereitstellung von Gebärdendolmetschern, Wandprojektionen, Induktionsschleifen und anderer technischer Hilfsmittel

bei öffentlichen Veranstaltungen, z.B. in Museen, Theatern und Schwimmbädern. Beim Bau von städtischen Wohnungen verlangen wir die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum.

- Die Organisation und Unterstützung von Informationskampagnen, die ein wahrheitsgetreues Bild von Menschen mit Behinderungen zeichnen, frei von Klischees und Vorurteilen.

- DIE LINKE Main-Kinzig befürwortet den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Heime separieren die Menschen von der Gesellschaft, in der und mit der sie leben möchten. Betreutes Wohnen dagegen unterstützt die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Menschen mit Behinderungen. Für persönliche Betreuung und begleitende Assistenz muss gesorgt werden. Im Rahmen der städtischen Befugnisse ist das Recht auf individuelle Zuwendung und Leistungserbringung im Sinne von Menschen mit Behinderungen zu sichern. Insbesondere Kürzungen bei „Trägerübergreifenden Persönlichen Budgets“ sind nur mit Einverständnis der/des Betroffenen zulässig.

- Solange Barrierefreiheit nicht an allen öffentlichen Verkehrsmitteln gegeben ist, müssen kürzere Voranmeldezeiten und eine kostenlose Inanspruchnahme von verbesserten und ausgebauten Fahrdiensten möglich sein.

- Die Erfüllung der gesetzlichen Behindertenquote bei Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich. Außerdem fordert DIE LINKE Main-Kinzig größere Anstrengungen, um Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Dazu gehört auch die breite Unterstützung von Integrationsbetrieben und gemeinnützigen Vereinen, die sich der Integration behinderter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt verschrieben haben.

- Die Einführung eines fairen gesetzlichen Mindestlohnes in allen Behindertenwerkstätten.

- Die Schaffung einer weiteren Stelle eines Behindertenbeauftragten für den Main-Kinzig-Kreis.

- Ein inklusives Bildungssystem. Das bedeutet: Schaffung weiterer Plätze für integrative Kindertagesstätten und Kindergärten im Vorschulbereich und „Eine Schule für Alle“ und damit die Integration von Kindern mit Behinderungen in den allgemeinbildenden Schulen. Dies ist im Sinne der auch von Deutschland unterzeichneten UN-Konvention für Menschen mit Behinderung. Eine entsprechende Reform muss in ihrer Umsetzung mit spürbaren Verbesserungen bei Betreuung und Klassengröße im Regelschulsystem erfolgen. Entschieden wird dies letztlich auf Landesebene. Der Main-Kinzig-Kreis soll jedoch die nötigen Voraussetzungen dafür schaffen und die notwendigen Kapazitäten für den „gemeinsamen Unterricht“ aufbauen.

3. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

„Über das Brot, dass dir in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden.“ Unter diesen Spruch kann man auch die kommunale Haushaltspolitik stellen.

Die Städte, Gemeinden und Kreise leiden unter einer dramatischen Haushaltsentwicklung, die ihren Höhepunkt erst 2011 und 2012 erreichen wird. Ein Teil dieser Entwicklung ist der Wirtschafts- und Finanzkrise geschuldet. Zu einem wirklichen Finanzdrama wird die Lage aber erst durch die bundespolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre.

Bisher führten allein die Gesetze des Bundes zur Steuerentlastung, die zwischen November 2008 bis Sommer 2009 verabschiedet wurden, bis 2013 zu einer Mehrbelastung der Kommunen im Umfang von 19 Mrd. Euro. Die Steuersenkungen der Konjunkturpakete I+II der damaligen „Großen Koalition“ kosten die hessischen Kommunen bis 2010 weitere 680 Millionen Euro. Mit dem schwarz-gelben Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind es nochmals 218 Millionen Euro.

Hinzu kommt, dass die hessische Landesregierung für das Jahr 2011 plant, den kommunalen Finanzausgleich um rund 400 Millionen Euro zu kürzen. Damit wird den Kommunen dann endgültig keine Luft mehr zum Atmen gelassen. Das Verfassungsgebot der kommunalen Autonomie (Art. 28 GG) steht nur noch auf dem Papier.

Bund und Länder versuchen, sich immer wieder auf Kosten der kommunalen Ebene zu sanieren: sei es bei Hartz IV, der Auflösung der Versorgungsämter, der Zerschlagung der Umweltbehörden sowie der Krankenhausfinanzierung, um nur einige zu nennen.

Öffentliches Eigentum und damit demokratische Steuerungsinstrumente wurden über Jahre in großem Umfang und auf allen Ebenen verscherbelt. Die Sozialsysteme mit der Agenda 2010 in erheblichem Umfang teilprivatisiert. Staat und Gesellschaft wurden im neoliberalen Wahn den brutalen Marktmechanismen ausgesetzt. Ernst zu nehmende Warnungen gab es oft genug. Die Zahl menschenunwürdiger Billigjobs – aber auch von Geschäftsaufgaben – und die soziale Not sind so groß wie lange nicht. Damit wurden gleichzeitig die Einnahmeprobleme der Renten- und Krankenkassen verschärft, Altersarmut vorprogrammiert. Und gerade die prekär Beschäftigten werden als erste auf die Straße gesetzt und erneut den Solidarkassen zugeschoben.

So zu tun, als ginge den Kreistag und die Kommunen im Kreis die übergeordnete Politik nichts an, ist ein Fehler. Kommunale Haushalts- und Wirtschaftspolitik in den politischen Gesamtzusammenhang zu stellen, unterscheidet DIE LINKE. Main-Kinzig von den anderen Parteien und ist eine unserer Hauptaufgaben in den Kommunalparlamenten.

Die Kommunen in ganz Deutschland warnen vor dem Kollaps. Die Mehrheit der Bevölkerung soll durch schlechtere öffentliche Leistungen und höhere Kosten belasten werden. Dies muss so nicht sein. Die Kommunen brauchen dringend dauerhafte, verlässliche und deutlich höhere Einnahmen.

DIE LINKE fordert deshalb auf Bundesebene, zur Aufbesserung der kommunalen Finanzen die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Städte und Gemeinden zu verstetigen und zu einer Gemeindegewerbesteuer auszubauen. Ziel ist die Einbeziehung aller unternehmerisch Tätigen in die Steuerpflicht – mit angemessenen Freibeträgen für kleine Unternehmen und Existenzgründer. Dies würde die Last der bisherigen Gewerbesteuer auf mehr „Schultern“ verteilen. Auch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch die Einbeziehung z.B. von Mieten und Pachten würde helfen, die derzeitige Einnahmesituation der Kommunen zu verstetigen. Das nützt der örtlichen Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und den Bürgerinnen und Bürgern.

Ebenso fordert DIE LINKE im Bund zur Entlastung der Kommunen die sofortige Abschaffung der Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an den Bund sowie die schrittweise Rückführung der Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an die Länder bis zum Jahr 2015 auf Null. Damit würde eine direkte Entlastung für die kommunalen Haushalte erreicht.

Schuldenfalle selbstgemacht

Der Main Kinzig Kreis sitzt mit allen andere Kreisen und den meisten Kommunen in Hessen in der

Schuldenfalle. Es stellt sich hier die Frage nach dem Sinn der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Parlamente, wenn am Schluss nur noch Mangel zu verwalten ist. Die Liquidität, um die laufenden Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen kann hier und anderswo nur noch über ausufernde Kassenkredite hergestellt werden. Daher stellt sich für den Haushalt des MKK die Frage, ob eine Ermächtigung zu Kassenkrediten in Höhe von 270.000.000 Euro bei einem Haushaltsvolumen von 490 Mio Euro noch angemessen ist.

Der Haushaltsplan des Main Kinzig Kreises 2010 sieht ein Minus von insgesamt runden 59 Millionen Euro Minus vor. Die Ansätze im Haushalt werden – nach unserer Meinung – wie beim Haushalt 2009 der Realität nicht standhalten.

Die Haushaltsmisere des Main-Kinzig-Kreises und seiner Kommunen ist Ausdruck der kommunalfeindlichen Politik aller Bundesregierungen und der hessischen Landesregierungen, unabhängig von ihrer Farbkomposition. Diese Politik hat die kommunale Selbstverwaltung strukturell geschwächt und schwächt sie weiter.

Für ihre Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung und der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen braucht die kommunale Ebene ausreichende Ressourcen. Wir sind auch bereit, über zeitgemäße, aber effektive und bürgernahe Verwaltungs- und Gremienstrukturen mit den Betroffenen gemeinsam nachzudenken. Unter den gegebenen bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen ist dies jedoch nahezu unmöglich.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert:

- keine weiteren Privatisierungen oder Teilprivatisierungen;
- die Bereitstellung von Geldern für die notwendigen Rekommunalisierungen; insbesondere für Main-Kinzig-Gas. Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger sollen auch den Bürgerinnen und Bürgern gehören;
- eine Neustrukturierung und ein langfristiges Finanzierungskonzept der Schwimmbadzweckverbände statt Ausstieg aus den Schwimmbadzweckverbänden und deren drohende langfristige Schließung oder Privatisierung.

Nachhaltig und regional wirtschaften

Mittelständische Betriebe sind im kommunalen Bereich wichtige Anbieter von qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen sowie von unverzichtbaren Arbeits- und Ausbildungsstellen. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist diesem Aspekt verstärkt Rechnung zu tragen.

Leider nimmt auch im Main Kinzig Kreis die Zahl der geringfügig Beschäftigten in beunruhigendem Umfang zu: Heute sind rund 20 Prozent aller Arbeitsplätze Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor – etwa 90 Prozent dieser Arbeitsplätze haben Frauen inne. Weiter ist die Wirtschaft des Main Kinzig Kreises geprägt von mittelständischen Unternehmen, Dienstleistungsunternehmen, aber auch von der Automobilzulieferindustrie.

Die Personalausgaben liegen im Durchschnitt des Main Kinzig Kreises, nach einer Studie der IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern, um 90 Euro unter dem hessischem Durchschnitt. Bei 407.000 Einwohnern ergebe sich, wenn der hessische Durchschnitt erreicht würde, eine Summe von über 36 Millionen Euro. Mit diesem Betrag könnten die Leistungen für die Bürger erheblich verbessert werden und gleichzeitig über 600 sozialversicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist der beste Garant für eine soziale Gerechtigkeit.

Dazu dient auch, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge zukünftig ebenso an soziale Bedingungen geknüpft werden soll. Ein Großteil der 360 Milliarden Euro öffentlicher Aufträge in Deutschland werden noch nach einer „Geiz ist geil“-Logik vergeben. Der niedrigste Preis zählt – egal, ob der Schutz von Kindern, faire Lohn- und Arbeitsbedingungen, elementare Menschenrechte oder der Klimaschutz beachtet werden. Die Vergabeordnung für die kommunale Ebene muss entsprechend

umgestaltet werden. Gerade hierdurch profitieren auch klein- und mittelständige Unternehmen der Region.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert:

- Ein kommunales Förderprogramm zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen auflegen. Hierfür bieten sich nahezu alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge inklusive der Bildung und der Gesundheitsversorgung an.
- Die Vergaberichtlinien des Kreises umgehend sozialen und ökologischen Kriterien anpassen. Hierbei sollen insbesondere soziale Vorgaben (z.B. Einhaltung von Tarifverträgen) schon in der Ausschreibung stärker genutzt werden. Auch sollen vermehrt umweltbezogene oder innovative Anforderungen an die Auftragnehmer gestellt werden. Ziel ist, dass der Preis bei der Vergabeentscheidung nur noch mit 30% und die anderen genannten Kriterien mit insgesamt 70% berücksichtigt werden.
- Bei öffentlichen Aufträgen sind die einzelnen Leistungen in Lose aufgeteilt und getrennt nach Art oder Fachgebiet zu vergeben. Die Gesamtvergabe eines Auftrag soll nur noch im Ausnahmefall möglich sein. Das macht es für klein- und mittelständische Unternehmen einfacher, sich an großen öffentlichen Aufträgen zu beteiligen.

„Schuldenbremse“ ist Wachstums- und Sozialstaatsbremse

Die LINKE Main Kinzig Kreistags spricht sich gegen eine „Schuldenbremse“ in Hessen aus. Die neue, am 27. März 2011 zur Volksabstimmung in Hessen vorliegende Schuldenbremse besagt, dass der Bund und die Länder „grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten“ auskommen müssen. Während dem Bund noch ein kleiner Verschuldungsspielraum gelassen wurde, dürfen die Bundesländer ab 2020 aus unerfindlichen Gründen überhaupt keine Schulden mehr machen.

Die Schuldenbremse steht in offenem Widerspruch zum Erkenntnisstand der Finanzwissenschaft. Dort gilt als „goldene Regel“, dass öffentliche Investitionen durch Kredite vorfinanziert werden. Man stelle sich vor, eine Schuldenbremse würde für Unternehmen oder private Haushalte gelten:

Die private Investitionstätigkeit würde schlagartig zusammenbrechen, kaum ein Privater könnte mehr ein Haus finanzieren. Unterlassene Investitionen, Instandhaltung und Bildung sind auch Schulden für die nächste Generation. Jeder Hausbesitzer weiß auch, dass unterlassene Instandhaltungen später höhere Kosten nach sich ziehen, als gleich vorgenommene Reparaturen.

Wie schädlich eine Schuldenbremse für Wachstum und Beschäftigung ist, hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) für Gesamtdeutschland einmal berechnet:

Hätte in den Jahren 2000 bis 2007 bereits die Schuldenbremse gegolten, wäre das Wachstum in diesem Zeitraum um bis zu 1,5 Prozent niedriger ausgefallen und rund 500.000 Menschen wären weniger beschäftigt worden. Selbst der mehrheitlich neoliberale Sachverständigenrat kritisiert die Schuldenbremse als „zu eng“, da nicht einmal öffentliche Investitionen in einem ökonomisch sinnvollen Umfang vorfinanziert werden können.

Grundsätzlich muss dem Staat die Möglichkeit der Verschuldung zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen und wichtigen Zukunftsinvestitionen erhalten bleiben. Die Schuldenbremse ist diesbezüglich völlig kontraproduktiv. Mittlerweile haben alle Länder damit begonnen, einen Pfad zum Abbau der Neuverschuldung zu konzipieren. Da die Länder kaum Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen zu erhöhen, sind überall massive Ausgabenkürzungen geplant. Obwohl Deutschland dringend eine Stärkung der Binnennachfrage bräuchte, passiert als Folge der Schuldenbremse genau das Gegenteil.

Die Schuldenbremse hat unerwünschte Folgen für die hessischen Kommunen. Die Landesregierung hat mit dem Sonderopfer für die Kommunen bereits den Weg eingeschlagen, ihre finanziellen Spielräume zu Lasten der Städte, Gemeinden und Kreise zu vergrößern. Dieser Trend darf sich durch die geplante Schuldenbremse nicht verstärken. Deshalb muss eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gesichert werden.

Die Einnahmenseite stärken

Die notwendige Debatte über die Einnahmenseite ist bislang völlig ausgeblendet worden. Aber der Staat muss so finanziert sein, dass er seine Aufgaben auch wahrnehmen kann. Die Landesregierung hat zum Beispiel mit ihrer Zustimmung zu Steuererleichterungen (u.a. Steuerermäßigung für Hoteliers) die Einnahmenseite des Staates zertrümmert. Dies muss gestoppt werden.

Insbesondere wie das das Verfahren zur Ermittlung der Konjunkturkomponenten aussehen soll ist ungeklärt. Konjunkturelle Defizite müssen nämlich mit Hilfe von geeigneten Konjunkturbereinigungsverfahren geschätzt werden.

Privatisierung – Die Zeche zahlt der Bürger

Durch die Erstarkung der privaten Wirtschaft versucht diese immer stärker, Teile aus dem öffentlichen Dienst herauszubrechen und zu privatisieren. Ihre Zielsetzung ist ausschließlich auf Gewinn ausgerichtet. Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben steht damit unter Gewinnvorbehalt. Pflichtleistungen, die zur Daseinsvorsorge der Bürger notwendig sind und keinen Profit abwerfen, werden als lästige Auflagen erfüllt und baldmöglichst abgebaut oder ganz aufgehoben. Damit verschlechtern sich die Leistungen für die Bürger.

Durch Senkung der Lohnkosten bis hin zum Lohndumping und zur Verdichtung der Arbeit der Beschäftigten werden zwar die Profite gesteigert, aber die Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten wesentlich verschlechtert. Sie werden von Billigkräften und Zeitarbeitern ersetzt. Dvorher dort arbeitenden Beschäftigten stehen vor der Arbeitsagentur.

Privatisierung nutzt also weder der Daseinsvorsorge der Bürger noch den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Daher ist sie für alle Bereiche zu verhindern.

Negative Beispiele gibt es genug. Die britische Eisenbahn wurde von Frau Thatcher mit großem Spektakel in den 1980er Jahren privatisiert und damit ein „leuchtendes Beispiel“ für Unpünktlichkeit, Zugunfälle und schlechte Arbeitsbedingungen.

PPP – undemokratisch, nicht transparent und viel zu teuer

Gerhard Schröder und die SPD brachten von Tony Blair das PPP (Public-Privat-Partnership) Modell mit nach Deutschland. Bei dem Modell PPP wird ein Generalvertrag mit einem Investor abgeschlossen. Der Investor schließt in unzähligen Unterverträgen mit z.B. Baufirmen, Architekten, Beraterfirmen, Reinigungsfirmen usw. ein ganzes Netzwerk von Verträgen ab. Oft entstehen Vertragswerke von über 10.000 Seiten, die von großen Anwaltskanzleien erstellt werden und völlig unübersichtlich sind.

Den Entscheidungsträgern, nämlich den gewählten Abgeordneten oder Stadtverordneten wird in der Regel allerdings nur ein Hochglanz-Dossier von einigen Seiten vorgelegt. Die Einsichtnahme in das gesamte Vertragswerk wird wegen angeblicher Betriebsgeheimnisse meist abgelehnt. Die Teilhabe der Bevölkerung ist in der Regel nur unzureichend gewährleistet.

Konservative Kräfte locken damit: „Wenn wir ein PPP-Modell zur Schwimmbad-Sanierung nehmen, sind wir alle Sorgen los!“ In Wirklichkeit treiben Haftungsansprüche, Folgekosten usw. die Projektkosten so hoch, dass jeder Kreis oder jede Kommune besser beraten ist, wenn er/sie sich bei der Kreissparkasse ein Darlehen nimmt und das Vorhaben mit einheimischen Firmen/Betrieben selbst durchführt.

DIE LINKE erwartet von den Kommunen und dem Main-Kinzig-Kreis, dass sie das Modell PPP strikt ablehnen. Ein Beispiel für eine verfehlte Schwimmbad-Sanierung ist die Toskana-Therme in Bad Orb, ein 22,7 Millionen Euro schweres Objekt eröffnet. Die Stadt Bad Orb hat trotz eines Schuldenberges von 35 Millionen Euro und einem Minus von 5.3 Millionen Euro im laufenden

Haushalt neue laufende Verpflichtungen übernommen. In den nächsten 30 Jahren müssen rund 790.000 Euro pro Jahr gezahlt werden. Entstanden ist ein Bad der Premium-Klasse – mit entsprechenden Eintrittspreisen von 14 Euro für Erwachsene und 7 Euro für Kinder bis 14 Jahre für zwei Stunden. Im Vergleich hierzu kostet der Eintritt in die Badelandschaft der Spessart-Therme Bad Soden-Salmünster die Hälfte. Ob die Toskana-Therme der hoch überschuldeten Stadt die Rettung bringt, bleibt nach wie vor offen. Sicher ist nur, dass ein Großteil der hier lebenden Menschen aufgrund solcher Eintrittspreise Schaufenstergäste bleiben werden.

4. Zukunft für Kinder und Jugendliche

Immer mehr Menschen sorgen sich um ihre Zukunft. Auf junge Menschen trifft dies verstärkt zu, weil sie häufig keine gesicherten Perspektiven haben. Entscheidende Weichenstellungen in eine andere Richtung müssen auch hier auf Bundes- und Landesebene geschehen.

Doch auch der Main-Kinzig-Kreis hat in diesem Politikfeld Einflussmöglichkeiten. Diese wurden bisher allerdings in die falsche Richtung genutzt: Durch die vielfach verfehlte Sparpolitik der letzten Jahrzehnte sind viele unserer Schulen, Fachräume, Turnhallen und andere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in einem erbärmlichen Zustand. Das Investitionsprogramm, das zum Gegensteuern gegen die Wirtschaftskrise gedacht war, half zwar, viele lang aufgeschobene Investitionen endlich umzusetzen. Doch diese Anfangsimpulse drohen zu verpuffen. Eine Fortführung scheitert offenbar, wie schon vor der Krise, an angeblichen „Sparzwängen“. Das betrifft insbesondere die Einrichtungen Kinder- und Jugendliche.

Dafür setzen wir uns ein:

- Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Kultur- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind neu zu schaffen, im Bestand zu sichern und wenn nötig auszubauen. Das Beispiel Gelnhausen zeigt, das diese funktionieren kann.
- Hausmeisterstellen und Sekretariatsstellen müssen wieder neu besetzt werden.
- Keine 1-Euro-Jobs an Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen.
- In der Verwaltung, in den kommunalen Einrichtungen, in den Eigenbetrieben und Betrieben mit mehrheitlicher kommunaler Beteiligung sind 10% aller Stellen als Ausbildungsplätze auszuweisen.

5. Bildung für alle

Die LINKE will die Teilhabe jedes Menschen im Main-Kinzig-Kreis an Bildung und Kultur ermöglichen, alle kreativen Potentiale fördern und so auch die Beteiligung an kommunaler Politik stärken. Bildungserwerb und kultureller Austausch sollen ein eigenständiges und freies Leben erlauben. Bildung und Kultur sind ein demokratisches Gut und der Allgemeinheit verpflichtet. DIE LINKE dringt auf die Einführung der gebundenen Ganztagsschule und steht insbesondere für ein anderes Konzept. G8 so, wie es jetzt organisiert ist, lehnen wir ab. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird DIE LINKE für jede Möglichkeit eintreten, die das mehrgliedrige Schulsystem durch integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Die LINKE erhebt Anspruch auf eine Bildungs- und Kulturpolitik, die niemanden ausschließt. Unsere Forderungen:

Bildung von Anfang an

Jedes Kind hat ein Anrecht auf eine ganztägige und gebührenfreie Betreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten. Hierbei muss die öffentlich getragene vorschulische Förderung deutlich aufgewertet werden. Unerläßliche Vorbedingung dafür ist, dass entsprechend mehr Erzieherinnen und Erzieher besser ausgebildet und dann auch eingestellt und gut bezahlt werden. Besonders sollen auch Kinder aus Migrantenfamilien durch eine spezielle Förderung frühzeitig die deutsche Sprache erlernen.

Längeres gemeinsames Lernen in einem wohnortnahen und öffentlichen Bildungssystem

Die LINKE will die herkömmliche Aufteilung abschaffen. Unser Ziel ist eine Gemeinschaftsschule für alle von der ersten bis mindestens zur zehnten Klasse, die soziale Auslese beendet und Kinder und Jugendliche sowohl bei Lernschwächen als auch in ihren Begabungen individuell fördert. Wir wollen ein flächendeckendes und ganztägiges Bildungsangebot im Main-Kinzig-Kreis gewährleisten. Voraussetzung dafür ist das Ende einer Sachzwang- bzw. Sparpolitik, die zu maroden Zuständen in Schulgebäuden und Sporthallen führt. Darüber hinaus gilt es, die Anzahl des Lehrpersonals spürbar zu erhöhen, um unzumutbar auftretende Klassengrößen zu verringern und ein pädagogisch durchdachtes Lernen und Fördern zu ermöglichen. Zusätzlich soll ein gesundes und kostenloses Mittagessen bereitgestellt werden.

Das Recht auf Ausbildung und die Gestaltung der beruflichen Bildung

Das duale Berufsausbildungssystem, das Lernen im Betrieb und in der Schule verbindet, wurde mittlerweile auch von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als sehr gut beurteilt. Allerdings sind nur noch ein Drittel der ausbildungsfähigen Betriebe bereit, junge Menschen überhaupt noch auszubilden. Die, die es schaffen, einen Ausbildungsplatz zu ergattern, stehen nach ihrer Ausbildung oftmals wieder vor einem Problem: Der Ausbildungsbetrieb ist nicht bereit, sie in ein festes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Das kann schwerwiegende Folgen für eine Gesellschaft nach sich ziehen. Damit diese Misere nicht in einer Katastrophe endet, fordert die Linke. Main-Kinzig:

- die Verwirklichung des Rechts auf qualifizierte Erstausbildung und Integration der Weiterbildung,
 - die Einführung der Ausbildungsverpflichtung;
 - die Einführung der Umlagefinanzierung;
 - die Sicherung der Übernahme nach der Ausbildung;
 - die Verwirklichung von beruflicher und allgemeiner Bildung sowie
 - die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu Hoch- und Fachhochschulen
- dringend erforderlich.

Wir wollen ein flächendeckendes und auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen schaffen und die finanzielle Ausstattung der Berufsschulen insbesondere hinsichtlich qualifizierter Lehrkräfte garantieren. Wir wenden uns gegen die Privatisierung von Berufsschulen. Junge Leute sollen die bestmögliche Ausbildung erhalten. Eine privatisierte Berufsschule wird die soziale Spaltung weiter fördern. Wir wollen gleiche Chancen für alle, eine bessere Ausstattung und mehr Berufsschulunterricht. Darüber hinaus ist ein über die einzelnen Ausbildungsberufe hinausgehender Berufsschulentwicklungsplan für den Main-Kinzig-Kreis unabdingbar. Nur punktuelle Fortschreibungen für einzelne Ausbildungsberufe sind unzureichend. Vielmehr kommt es darauf an, die Zusammensetzung der Berufsbilder an den gewerblichen Schulen so zu wählen, dass sich sinnvolle und fächerübergreifende Zusammenarbeit ergibt.

Schulsozialarbeit ist flächendeckend notwendig

Die LINKE hält es für dringend geboten, dass die Sozialarbeit an den Schulen im Main-Kinzig-Kreis deutlich ausgebaut wird. Insbesondere darf es nicht sein, dass die Finanzierung dieses Vorhabens vom Land Hessen auf die Kreise und Kommunen abgeschoben wird. Die Ansprüche an die Schule sind beständig gestiegen. Mit der alleinigen Wahrnehmung des Erziehungsauftrags stoßen die Lehrerinnen und Lehrer zunehmend an ihre Grenzen. Wenn die Schule ein Ort sein soll, wo soziales Zusammenleben und demokratisches Aushandeln von Interessen gefördert sowie Amokläufen, Gewaltausbrüchen und Mobbing der Boden entzogen wird, dann geht kein Weg daran vorbei, umfassend angelegte Schulsozialarbeit in allen Schulformen, Schultypen und Stufen zu etablieren. Die LINKE hält es für vordringlich, ein übergreifendes Konzept zu entwerfen. Dabei muss das hessische Kultusministerium federführend wirken.

Sonstige Bildungsangebote auf breiter Basis

Das bezieht sich vor allem auf öffentlich getragene oder unterstützte Bibliotheken, Archive und Museen. Hier stellen besonders die Volkshochschulen ein wichtiges Angebot dar, zu deren Unterhaltung der Kreis verpflichtet ist. Die VHS soll ein breites Spektrum von allgemeinen und beruflichen Inhalten einschließen, dass sich über die gesamte Region verteilt. Reduzierung bzw. Einsparung, auch infolge zunehmender Privatisierung, lehnt die LINKE entschieden ab. Damit die VHS ihre Aufgaben erfüllen kann, darf die kostendeckende Gebührenkalkulation nicht den Maßstab für die Angebotsgestaltung bilden.

6. Kulturelle Teilhabe für alle

DIE LINKE formuliert die soziale Frage im 21. Jahrhundert als Frage nach der individuellen Freiheit in einer gerechten und zukunfts offenen Gesellschaft. Als Frage nach dem Sinn und der Gestaltung des eigenen Lebens in Gemeinschaft wird sie zur kulturellen Frage.

DIE LINKE entwickelt bei der Herausbildung ihres politischen Profils einen weiten Kulturbegriff. Dieser stellt die unterschiedlichen Lebensweisen der Menschen und die verschiedenen Formen der praktisch-geistigen Aneignung der Welt in das Zentrum politisch-kulturellen Denkens. Damit rücken interkulturelle Dialoge, Gleichstellungsfragen, die Entdeckungen der Künste und Wissenschaften, Bildungs- und Hochschulpolitik, Architektur und Städtebau, Beschäftigungspolitik und die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen in den Mittelpunkt gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Sie alle haben kulturelle Dimension. An ihnen erfahren wir individuelle Freiheit als Sinn und Gestaltung unseres Lebens in Gemeinschaft.

DIE LINKE setzt auf eine umfassende Förderung der kulturellen Infrastrukturen unserer Gesellschaft, auf öffentliche Institutionen für eine demokratische Bildung, eine zukunfts offene Wissenschaft, freie Kunst und Kommunikation. Dazu gehört der Erhalt der öffentlichen Förderung von Kunst und Kultur, d.h. die Bewahrung und Erweiterung kommunaler Räume für Soziokulturen und freie Szenen, und die Sicherung und Entwicklung traditioneller und moderner öffentlicher Kulturinstitutionen.

DIE LINKE unterstützt die Vielfalt der Kulturen in unserem Land auch durch die Förderung der Geschichte und Lebensweise der autochthonen Minderheiten, wie die Kultur der Sorben (Wenden), der Sinti und Roma, der Friesen und Dänen.

Verständnis für den kulturellen Wandel unserer Gesellschaft zu entwickeln, bedeutet auch, die Veränderungen in politischen Institutionen, in Parteien und Bewegungen zu verstehen und die Gestaltung demokratischer Prozesse im digitalen Zeitalter ernst zu nehmen. In der Partei der Europäischen Linken setzen wir uns für einen kulturellen Dialog weltweit ein. Wir führen diesen Dialog mit Kulturschaffenden, Intellektuellen, in Gewerkschaften, mit Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften und werden gemeinsame Initiativen entwickeln, in denen Kultur und linke Politik produktiv aufeinander treffen.

Dialogräume für einen offenen Gesellschaftsdiskurs entstehen oft durch kulturelle und künstlerische Produktionen, in Kulturinstitutionen, wie Ausstellungsräumen, Theatern, Festivals, Protestkulturen u. Ä. Sie nehmen soziale und gesellschaftliche Konflikte auf und geben ihnen Raum und Ausdruck. Es sind oft die kulturellen Debatten, in denen neue Optionen für die Gestaltung des sozialen und gesellschaftlichen Wandels erarbeitet, d.h. denk- und fühlbar gemacht, erkundet und durchprobiert werden. Denken wir dabei nur an den Strukturwandel in den klassischen Industrieregionen, an den Stadtumbau in Ost und West, an die Erkundung neuer Lebens- und Berufswelten, die Perspektiven der Jugend ohne klassische Arbeitsbiographie, die Gestaltung des Alters in Würde, an Gleichstellung und Antirassismus. Für die kommunale Ebene leiten wir daraus folgende Ziele ab:

Kulturelle Freiheit und Vielfalt

Kulturpolitik soll der regionalen Vielfalt kultureller Aktivitäten gerecht werden. Sie soll öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen, unabhängige Verlage, Studios, Agenturen und künstlerische Produktionsfirmen fördern.

Kooperativer Kulturföderalismus mit europäischer Ausrichtung

Europäischer Kulturföderalismus hat lebenswerte Kommunen zum Ausgangspunkt, die in der Lage sind, das regionale Kulturleben in allen sozialen Milieus zu fördern und Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung aller Altersgruppen zu ermöglichen.

7. Sport ist mehr als „Leistung, Leistung, Leistung“

Sport hat als Freizeit-, Gesundheits-, Schul- und Spitzensport eine bildende Funktion. Sport macht Spaß, senkt die Risiken zivilisationsbedingter Krankheiten, baut Aggressionen ab und fördert soziale Kompetenz. Sport ist ein wirksames Mittel zur Integration und ein wichtiger Weg zum einander Kennenlernen und Freundschaften zu schließen. Wie kaum ein anderer Lebensbereich verbindet Sport unterschiedliche Generationen, Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft sowie unterschiedlichen Geschlechts und Menschen mit und ohne Behinderungen, wenn man es denn zulässt und es gewollt ist. Deshalb müssen der organisierte und nicht organisierte Breitensport als ein Bereich wahrgenommen werden, welcher der unbedingten Unterstützung bedarf. Die übermäßige finanzielle Unterstützung des Profisportes durch die Kommunen, die eher den passiven Zuschauern als der aktiven Betätigung zugute kommt, sollten zugunsten des Breitensports, der öffentlichen Bäder und Sportanlagen umverteilt werden. Letztendlich würde von einer breiteren Talentförderung auch der Profisport profitieren. DIE LINKE Main-Kinzig hat bereits in der Vergangenheit für den Erhalt von Sportanlagen und gegen die Schließung bedrohter Bäder gekämpft. Entscheidend für uns war und ist, dass Nutzerinnen und Nutzer sich selbst und damit öffentlichen Protest organisieren. So tritt DIE LINKE Main-Kinzig auch weiterhin für den Erhalt des Zweckverbandes der öffentlichen Schwimmbäder ein.

Sport ist ein soziales Grundrecht

Die Chance, vereinsgebunden Sport zu treiben, muss allen Menschen gewährt werden. Deshalb fordern wir, dass ein Main-Kinzig-Pass Berechtigten möglichst die Hälfte der Vereinsbeiträge erstattet. Das Geld könnte unter anderem von städtischen Unternehmen bzw. Sponsoren übernommen werden, welche bisher den Profisport unterstützt haben. Neben Joggen und Radfahren ist Schwimmen die am meisten ausgeübte sportliche Aktivität. DIE LINKE Main-Kinzig tritt ein für eine flächendeckende und bezahlbare Erhaltung und Nutzung der Bäder im Kreisgebiet, dies gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE Main-Kinzig lehnt die Behauptung ab, es sei kein Geld mehr für Bäder vorhanden. Es ist eine Frage des politischen Willens, ob man der gesamten Bevölkerung im Main-Kinzig-Kreis den Zugang zu Bädern ermöglichen will. Sport- und Gesundheitsinfrastruktur ist nicht „kostendeckend“ zu betreiben, sondern eine nötige Dienstleistung für die Gesellschaft.

DIE LINKE Main-Kinzig setzt sich ein für:

- den Erhalt aller bestehenden Bäder und Sportanlagen im Kreisgebiet;
- die Durchführung notwendiger Sanierungen;
- die Rücknahme der Umwandlung bereits entkommunalisierter Bäder aus der privaten in die öffentliche Hand;
- die Zugänglichkeit aller Bäder und Sporteinrichtungen für alle Schichten der Bevölkerung und
- die Übernahme der vollen oder teilweisen Kosten der Vereinsmitgliedschaft in Sportvereinen durch die Vorlage der Main-Kinzig-Card.

8. Verkehr sozial und ökologisch steuern

Der motorisierte Individualverkehr wächst weiter. Die Umwelt wird immer stärker belastet, während gleichzeitig beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gespart wird. Einschränkungen des öffentlichen Verkehrs nach 22 Uhr und am Wochenende treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. Für Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, wird die Mobilität immer mehr eingeschränkt. Dringende Ausbaumaßnahmen des ÖPNV unterbleiben.

Alternativen zum Auto fördern

DIE LINKE will motorisierten Individualverkehr und öffentlichen Verkehr in ein ökologisch und sozial nachhaltiges Verhältnis bringen. Sie will die Verwirklichung des Grundrechts auf Mobilität für alle. Deshalb ist für die LINKE. Main-Kinzig die Bereitstellung eines bezahlbaren und umfangreichen öffentlichen Personenverkehrs das zentrale Ziel einer sozialen und ökologisch nachhaltigen Verkehrspolitik auch im Kreis. Beispielsweise bieten für Pendler oder Besucher von Innenstädten Park-and-Ride Systeme interessante Alternativen. Sie können eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur Beruhigung des Innenstadtverkehrs sein. Fahrgemeinschaften und Car-Sharing können sowohl in Städten, als auch im ländlichen Raum ausgebaut werden. Als Alternative muss neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung stehen, das Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Das Fahrrad ist nicht nur ein Verkehrsmittel für die Freizeit, sondern muss als gleichberechtigtes Verkehrsmittel akzeptiert werden und Raum finden. Das E-Bike kann hier neue ergänzende Möglichkeiten im Nahverkehrsbereich bieten.

Dort, wo motorisierter Straßenverkehr (PKW, LKW, Bus) notwendig oder sinnvoll ist, setzen wir auf Fahrzeuge mit alternativem Antrieb. Deshalb fordern wir die zügige Umstellung der kommunalen Fahrzeugflotten auf Hybrid-, Erdgas-, Autogas-, Pflanzenöl- oder Elektroantrieb. Hauptkriterien für die Auswahl im Einzelfall sind die jeweils ausgestoßenen Schadstoffe sowie die ökologische und soziale Nachhaltigkeit (Ökobilanz). Ein Elektroauto, das mit Atom- oder Kohlestrom fährt, ist ökologisch sinnlos.

Im Rahmen kommunaler Möglichkeiten sollen im Main-Kinzig-Kreis alternative Antriebe umfassend gefördert werden. Das betrifft beispielsweise die Bereiche Aus- und Weiterbildung im KFZ-Gewerbe oder die unbürokratische Abwicklung von Pilotprojekten für alternative Antriebs- und Verkehrsprojekte. Hier bietet sich auch ein beachtliches Potenzial an qualifizierten Arbeitsplätzen.

ÖPNV: mobil – sozial – ökologisch

Der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) am Verkehrsaufkommen soll deutlich erhöht werden. Die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch Bund und Land muss rückgängig gemacht werden. Die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs muss durch attraktive Preise bis hin zum Nulltarif gesteigert werden. Der Kreis und die Kommunen und deren Eigenbetriebe sowie andere Einrichtungen der Öffentlichen Hand haben eine Vorbildfunktion bei der Bereitstellung von Firmentickets.

Wir fordern für den ÖPNV:

Verdichtung der Taktzeiten

Die Taktzeiten des öffentlichen Nahverkehrs müssen verdichtet statt ausgedünnt werden. Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Bisher gibt es an Samstagen und Sonntagen keine Verkehrsverbindungen vom Lande an die Kinzigtalbahn (Hanau, Gelnhausen, Wächtersbach, Schlüchtern). Die Landbevölkerung im Vogelsberg und Spessart hat keinerlei Möglichkeiten, an Wochenenden Krankenbesuche in den Kreis-Krankenhäusern, Verwandten- oder Bekannten-Besuche oder kulturelle und andere Veranstaltungen im Kinzigtal zu machen.

Mobilität an Wochenenden

DIE LINKE.Main-Kinzig schlägt vor, dass an Samstagen und Sonntagen jeweils vormittags und nachmittags (abends) Busverbindungen nach Bedarf eingerichtet werden. Dazu müssen sich die Reisenden per Telefon oder eMail anmelden. In PC-Programmen wird dann der Linienverlauf und die einzelnen Abfahrtszeiten ermittelt und den Reisenden per eMail oder Telefon mitgeteilt. Zur Deckung der besonderen Kosten könnte zum Fahrpreis eine Wochenendpauschale erhoben. Von dieser Zusatzpauschale können auch die Samstags- und Sonntagszuschläge der Fahrer bezahlt werden.

Natürlich können auch umsteigende Reisende zur Weiterfahrt in die Republik diese Verbindung nutzen. Diese Möglichkeiten könnten nicht nur von Krankenhausbesuchern sondern auch von Wandergruppen und anderen Freizeitaktiven in Anspruch genommen werden. Somit würde auch den ansässigen Kommunen zusätzliche Einnahmen verschafft werden.

Keine Privatisierungen

Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden. Wenn Verkehrsnetze profitabel sein müssen, geht das zwangsläufig auf Kosten von Takten und Strecken.

Effektiver Lärmschutz

DIE LINKE. Main-Kinzig verlangt eine Intensivierung der Bemühungen, den Bahnlärm im Kinzigtal durch technische Verbesserungen der Züge sowie durch Lärmschutzmaßnahmen deutlich zu verringern. (Umformulierung Gabriele) Effektive und moderne Lärmschutzmaßnahmen – auch im Straßenverkehr – dienen in erster Linie einer Verbesserung der Lebensqualität der Anwohner, fördern aber auch die Kulturlandschaft und den Tourismus.

Aus- und Neubau

Es ist ein Skandal, wie die Bundes- und Landesregierungen die Schienenaus- bzw. Neubaustrecke Fulda-Frankfurt und Hanau-Würzburg in den vergangenen Jahren behandelt und „unterstützt“ haben. Wir fordern einen ökologisch vertretbaren vierspurigen Ausbau mit umfassendem Schallschutz innerhalb und außerhalb von Ortschaften – und das schnellstmöglich. Doch es ist offenkundig, dass diese Bahnvorhaben nicht gefördert werden und somit in weite Ferne rücken.

Die Bundesregierung will künftig nur noch jährlich 1,23 Mrd. Euro für Aus- und Neubaustrecken zur Verfügung stellen. Der Aus- und Neubau der Bahnstrecken im Kinzigtal hat auch keine Berücksichtigung in den jeweiligen Investitionsrahmenplänen des Bundes gefunden. Dies ist eine schlechte Nachricht für die Bahnkunden und die große Zahl der Pendler im Main Kinzig Kreis. : Jetzt gilt es erst recht und mit Nachdruck eine konzertierte Aktion gemeinsam mit dem Landkreis Fulda zu starten und gegen diese Pläne massiven Einspruch zu erheben. Gemeinsame Aktionen der Betroffenen, aller Verbände und der Parteien können etwas ändern.

Den Nahverkehrsplan weiterentwickeln

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes 2008-2012 hat maximal den Status Quo gesichert. In einigen Bereichen geht sie hinter den Stand des Jahres 2003 zurück. Bei zurückgehenden Schülerzahlen und dem damit verbundenen Rückgang der Schülerbeförderung befürchtet der Main-Kinzig-Kreis eine erhebliche Mehrbelastung und lehnt deshalb eine Festschreibung höherer Standards ab. Hinzu kommen die Forderungen einzelner Kommunen nach einer Senkung der Mindeststandards (gerade keine festgeschriebenen Taktzeiten Samstags und Sonntags), um

überhaupt eine Verkehrsanbindung anbieten zu können. DIE LINKE. Main-Kinzig fordert hier, Ziele und Maßnahmen zur Sicherung, Entwicklung und Verbesserung des ÖPNV festzuschreiben. Zwar wird mehrfach auf Menschen mit Behinderung hingewiesen, die daraus abzuleitenden Maßnahmen beziehen sich aber nur auf neu angeschaffte Fahrzeuge. Zur Herstellung der Behindertengerechtigkeit – 25 Prozent der Fahrgäste sind in ihrer Mobilität behindert – sind insbesondere die wichtigsten Bahnhöfe mit Aufzügen auszustatten.

Mehr Park&Ride – kürzere Reisezeiten – bessere Fahrgastinformationen

Das Angebot an Park&Ride-Plätzen muss erweitert werden. Vor allem sind Parkplätze kostengünstig zur Verfügung zu stellen, damit ein Umsteigen auf Busse und Bahnen attraktiv wird.

Von besonderer Bedeutung ist die Fortführung organisatorischer Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV mit dem Ziel, die Gesamtreisezeit im ÖPNV zu verkürzen.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert die Einführung der Echtzeit-Information des Fahrgastes sowie innovative Verkehrsmanagementsysteme. Hier lässt die Deutsche Bahn die Pendler an den Bahnhöfen viel zu oft immer noch ohne Information. Zur Verbesserung der Qualität ist die durchgehende Besetzung aller Bahnhöfe von Eisenbahnregionalverkehr während der Verkehrszeiten mit präsentem und ansprechbarem Servicepersonal notwendig

Flughäfen als Teil integrativer Verkehrskonzepte

DIE LINKE kämpft gemeinsam mit vielen Menschen gegen den weiteren Ausbau des Flughafens Frankfurt Rhein-Main. Bereits heute sind in der Region rund um den Flughafen die zumutbaren Grenzen der Belastung überschritten. Eine weitere Erhöhung der Umweltbelastung lehnen wir ab.

Um den Mobilitätsbedürfnissen Rechnung zu tragen, wollen wir ein effizientes integriertes Verkehrskonzept zwischen ÖPNV, Bahn und Flugzeug auf europäischer Ebene. Große Teile des innereuropäischen Flugverkehrs können auf die Schiene verlagert werden. Die Flughäfen können miteinander kooperieren, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten aufzubauen und Umweltbelastungen zu maximieren.

Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht krank. Das belegen eindeutig Studien aus der Lärmwirkungsforschung. Geht die rasante Steigerung der Flugbewegungen so weiter, wird der Luftverkehr in wenigen Jahren Klimakiller Nummer eins sein.

Unbestreitbar ist, dass der Flughafen Rhein-Main für die Region eine enorme wirtschaftliche Bedeutung hat. Doch der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen für Mensch und Natur muss eine Grenze gezogen werden. Wir wissen, dass die Aussagen von Flughafenbetreiber wie Landesregierung nicht glaubwürdig sind: So haben sich die Arbeitsplatzprognosen über die „Jobmaschine Flughafen“ als völlig unhaltbar erwiesen. Hier wurde mit von der Flughafen AG bestellten und bezahlten Gefälligkeitsgutachten gearbeitet. Trotzdem hält die Landesregierung auf Biegen und Brechen am Ausbau fest – zu Lasten der Bevölkerung. Unsere Ziele sind der Stopp des Flughafenausbaus und ein wirksames Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, die Verringerung der Belastungen durch Fluglärm und Luftverschmutzung und die Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert von der zukünftigen Kreispolitik:

- eine offensive, auf den Kampf gegen Fluglärm ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit;
- eine offensive, am Gesundheitsschutz der Bevölkerung orientierte Interessenvertretung des Kreises gemeinsam mit den regionalen Initiativen gegen Fluglärm und Flughafenausbau;
- Initiativen des Kreises und der Kreispolitiker auf Landes- und Bundesebene zur Entwicklung eines integrativen Mobilitätskonzepts, in dem auch Flugverkehr seinen angemessenen Platz hat. Lärmreduzierungen sind möglich für den Frankfurter Flughafen, aber auch für Sportflugzeugplätze wie Langenselbold und Gelnhausen.

9. Gesundheit und Erholung für alle

CDU, CSU und FDP wollen das Gesundheitswesen in Deutschland mit der Kopfpauschale finanzieren. Damit gelten für alle Versicherten die gleichen Beiträge: Der Verkäufer zahlt genauso viel wie die gutverdienende Managerin. Nach Röslers Plänen sollen die Arbeitgeberbeiträge endgültig eingefroren werden. Kostensteigerungen sollen alleine die Versicherten über Zusatzbeiträge zahlen. Das bedeutet, dass die Versicherten 7,3 Prozent plus 0,9 Prozent Sonderbeitrag plus bald 2 Prozent Zusatzbeiträge zahlen müssen. Insgesamt sind das 10,2 Prozent. Die Arbeitgeber zahlen nur die 7,3 Prozent. Diese Pläne der Regierung wären das endgültige Ende einer bereits angeschlagenen solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens, an der bisher jede und jeder nach seinen Möglichkeiten beteiligt sein sollte. Durch diese Finanzierung fehlen in Zukunft die höheren Finanzierungsanteile der Bestverdienenden. Leistungen werden eingeschränkt. Eine gute medizinische Versorgung ist dann nur gegen Bares möglich. Der Weg in die Zweiklassenmedizin ist endgültig vorgezeichnet. Gesundheit wird zur Ware, in Praxen und Kliniken tobt der Wettbewerb. Auf der Strecke bleiben Familien, RentnerInnen und Rentner und Menschen mit kleinem Einkommen.

Damit alle Menschen in Deutschland die gleichen Chancen auf Gesundheit haben, will DIE LINKE. das Gesundheitssystem weiterentwickeln. Als Grundlage einer sozial gerechten Finanzierung der Gesundheitsversorgung brauchen wir die solidarische BürgerInnenversicherung. Nur sie kann eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen. Wir wollen eine Arzneimittel-Positivliste, damit nur sinnvolle und nützliche Medikamente verschrieben werden. Praxisgebühr und Zuzahlungen wollen wir als Instrumente einer Zweiklassen-Medizin wieder abschaffen. Alle medizinisch notwendigen Leistungen gehören wieder in den Leistungskatalog der Krankenkassen. Die Gesundheit der Bevölkerung muss eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben. Sie darf nicht zum Profitcenter privater Anbieter werden. Gesundheitsförderung und Prävention sollen eine zentrale Bedeutung erhalten, damit die Menschen gesünder werden, gesund bleiben oder seltener krank werden. Sport und Freizeitaktivitäten auf kommunaler Ebene erhalten so auch eine Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung.

Gesundheitsförderung im Main-Kinzig-Kreis

Dort, wo auf kommunaler Ebene Einflussmöglichkeiten bestehen, sollten diese auch genutzt werden – sei es in der Förderung von Vereinen, sei es im Erhalt öffentlicher Schwimmbäder. Mit dem Ausstieg aus den Hallenbadzweckverbänden überlässt der Main-Kinzig-Kreis jedoch Gelnhausen, Gründau, Linsengericht und Freigericht die gesamten Kosten der Sanierung und des Betriebs. Die Zustimmung zum Ausstieg des Kreises aus dem Zweckverband bedeutet, dass Bäder irgendwann schließen müssen. Bei jeder Gelegenheit wird die kommunale Familie gepriesen und eine Kostenteilung als sinnvolle Lösung bei gemeinsamen Aufgaben angesehen. DIE LINKE. Main-Kinzig ist der Meinung, dass der Main-Kinzig-Kreis als Schulträger sich der Pflichtaufgabe, seinen Schülerinnen und Schülern einen Schwimmunterricht im Rahmen des Schulsportes anzubieten, nicht entledigen und die Verantwortung an der Beteiligung der Sanierung und den laufenden Betriebskosten nicht den Städten und Gemeinden überlassen darf. Mit dem Rückzug aus den Hallenbadzweckverbänden „Mittleres Kinzigtal“ und Platsch hat der Kreis eine Bankrotterklärung abgegeben und sich gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine sowie der Schülerinnen und Schüler positioniert.

Es ist zu befürchten, dass die Hallenbäder in Zukunft weder zu einem moderaten Preis genutzt noch dass sie fortbestehen werden. Sogenannte PPP-Modelle, bei denen private Investoren einsteigen und Bäder zu reinen Spaßbädern umgestalten, lehnt DIE LINKE. Main-Kinzig entschieden ab. Das Ergebnis ist in solchen Fällen, dass der Schul- und Vereinssport nicht mehr stattfinden kann und die Eintrittspreise exorbitant steigen.

Unsere Forderungen:

- In den Main-Kinzig-Kliniken leisten die Beschäftigten regelmäßig Überstunden, die wegen Personalmangel anfallen. Der Aufsichtsrat der Main-Kinzig-Kliniken gGmbH muss seiner

vertraglichen Fürsorgepflicht für die Beschäftigten nachkommen und die Stellen dem tatsächlichen Bedarf anpassen. Das Wohl der PatientInnen und der Klinikbeschäftigten darf nicht länger wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.

- Unterstützung und Förderung von Vereinen und Zweckverbänden, die der gesundheitlichen Prävention dienen.

- Ausbau und Neubau moderner Trimm-Dich Pfade, um den Bürgerinnen und Bürgern eine kostenlose Alternative zu kommerziellen Sportanbietern zur Verfügung zu stellen.

- Ausbau und Erhalt des Rad- und Wanderwegnetzes. Dies ist förderlich auch für den Tourismus im Kreis.

- Kostenlose Schwimmbadnutzung für Kinder bis einschl. 12 Jahre sowie Sozialtarife für Schüler, Arbeitslose, Rentner, Menschen mit Behinderung u. a.

10. Wohnen ist Menschenrecht

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss für alle Menschen erschwinglich sein. Kommunale Wohnungsgesellschaften gehören zur Daseinsvorsorge und sind nach wie vor unabdingbar für die Versorgung von Menschen mit niedrigem Einkommen mit Wohnraum. Nur mit einem ausreichenden kommunalen Wohnungsbestand kann sichergestellt werden, dass auch Obdachlosen, Flüchtlingen usw. gute Wohnungen angeboten werden können. Experten gehen darüber hinaus davon aus, dass eine Kommune 10 bis 15 % des örtlichen Wohnungsbestandes haben muss, um spürbaren Einfluss auf das allgemeine Mietpreinsniveau und die Stadtgestaltung nehmen zu können. Von solchen Anteilen entfernt sich die kommunale Wohnungspolitik im Main-Kinzig-Kreis immer mehr.

DIE LINKE. Main-Kinzig tritt dafür ein, dass kommunale Wohnungsbauunternehmen wieder stärker als bisher die Aufgabe wahrnehmen, beispielhafte Projekte zur Verbesserung der Qualität des Wohnungsbestandes zu entwickeln. Dazu gehören die Zusammenlegung kleinerer Wohnungen zu größeren entsprechend dem Bedarf, der Anbau von Balkonen und die energetische Sanierung. Die energetische Sanierung ist gerade für Mieter mit niedrigen Einkommen wichtig, damit die Mietnebenkosten nicht ins Uferlose steigen.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert, dass

- die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften nicht veräußert werden und mit den Mieterinnen und Mieter in Mieterbeiräten eine transparente Geschäftspolitik entwickeln,
- die Zusammenarbeit der Hilfseinrichtungen gegen Wohnungslosigkeit noch besser mit den Wohnungsunternehmen vernetzt wird,
- genossenschaftliches Wohnen, Wohnprojekte für ältere Menschen und Mehrgenerationenhäuser gefördert werden – auch für Menschen mit niedrigen Einkommen oder im Hartz-IV-Bezug –,
- neue, innovative Wohnformen wie das Mehrgenerationenhaus oder genossenschaftliches Wohnen gefördert werden sowie
- dass überall im Main-Kinzig-Kreis ein qualifizierter und aktueller Mietspiegel erstellt wird. Dabei sind stärker als bisher Mietververeine zu berücksichtigen.

11. Mehr Beteiligung – mehr Mitentscheidung – mehr Demokratie

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen, sich mehr an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Politik muss transparent und verstehbar für alle sein. Mehr Demokratie auch auf Kreisebene ist möglich.

Wir werden uns dafür stark machen, mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld gemeinsam mit der Öffentlichkeit zu entwickeln, zu beraten und zu entscheiden. Wir wollen die schrittweise Einführung eines Bürgerhaushaltes, in dem die Bürger ihre Vorstellungen zur Ausrichtung der Haushaltspolitik gemeinsam erarbeiten und gegenüber der Politik und der Verwaltung zum Ausdruck bringen können.

Im Zentrum des Bürgerhaushaltes stehen in der Regel möglichst dezentrale Einwohnerversammlungen. Dort stellen Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge und Projekte vor. Diese werden zur Abstimmung gebracht und in einer Prioritätenliste zusammengefasst. Schriftliche Eingaben und Möglichkeiten der Beteiligung über das Internet ergänzen diesen Prozess. Ziel ist ein kontinuierlicher Dialog der Bürgerinnen und Bürger mit Politik und Verwaltung über die Prioritäten im kommunalen Haushalt.

12. Lebenswerte Umwelt für alle

Auch für die Einwohner des Main-Kinzig-Kreises sind die negativen Auswirkungen der menschengemachten Veränderungen im „System“ Umwelt spürbar. Der Klimawandel zwingt auch den Main-Kinzig-Kreis zu tief greifenden Veränderungen in der Arbeits- und Lebensweise. Je länger sich die Politik auf Bundes- und Europaebene nur am Rande mit dem Thema Ökologie beschäftigt, desto schwerer wird es werden, die Umweltzerstörung aufzuhalten.

DIE LINKE. Main-Kinzig setzt sich für eine nachhaltige Umweltpolitik ein. Wir überprüfen jede Entscheidung auf ihre Umweltverträglichkeit – insbesondere auf ihre Folgewirkungen für die Menschen, unsere natürlichen Ressourcen und die Ökologie unserer Lebensräume. Für uns kommt der Mensch und eine intakte Natur vor dem Profit einiger weniger. Der Ausbau erneuerbarer Energien und des ÖPNVs, eine ressourcenschonende Produktion sowie die Entsiegelungen von Brachflächen stehen für uns im Mittelpunkt ökologischer Politik. Wir arbeiten dabei eng mit den Natur- und Umweltverbänden sowie den Bürgerinitiativen vor Ort zusammen.

Umdenken in der Abfallentsorgung

Abfälle sind Rohstoffe. Die besten Abfälle sind die, die vermieden werden können. Deswegen wir verstärkt auf Aufklärung und auf Recycling vor Verbrennung. Die gesamte Sammlung von Siedlungsabfällen gehört unter die kommunale Kontrolle. Dies betrifft auch den so genannten Grünen Punkt.

Nach dem Desaster eines eigenen Thermoselect-Müllofens lässt die Koalition aus SPD und CDU den Restabfall aus dem Main-Kinzig-Kreis in der MVA Heusenstamm verbrennen. Doch der Main-Kinzig-Kreis muss beim Abfall umdenken.

Seit einigen Jahren gibt es die neuen Abfallentsorgungsverfahren der nassen und trockenen Tonne. Wir wollen diese Verfahren auch im Main-Kinzig-Kreis umsetzen: Alle Abfälle werden dabei weiterhin getrennt und die Altpapier- und Altglassammlungen bleiben bestehen. Jedoch gibt es die trockene Tonne, in der alle stofflich verwertbaren Restabfallbestandteile (z. B. Kunststoffe, Plastik-Verbundstoffe, Metalle, Holz, Aluminium, Weißblech) gesammelt werden. Diese gemeinsam gesammelten trockenen Abfälle können besser als im bisherigen Verfahren recycelt werden. Die verbleibenden Restabfälle (z. B. Hygieneartikel, Speisereste und organischen Abfälle aus der Biotonne) kommen in die nasse Tonne. Diese nassen Abfälle können durch die Vergärung zur Wärme- und Stromproduktion in Biogasanlagen verwendet werden. Insgesamt kann so eine umweltgerechte Abfallentsorgung mit neu entstandenen Arbeitsplätzen und zusätzlichen Einnahmen entstehen.

Für eine regionale und „saubere“ Energiegewinnung

Obwohl in den letzten Jahren einiges für die Energieeinsparung getan wurde, sind noch lange nicht alle Aufgaben erfüllt worden. Die Koalition aus SPD und CDU zeichnet sich nur durch kurzfristige Planungen aus. Nur einige öffentliche Gebäude werden energetisch saniert. Neue Heizungsanlagen mit evtl. eigener Energieversorgung sind bei weitem noch nicht überall vorhanden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass vor jeder Baumaßnahme geprüft wird, ob und inwieweit saubere und nachhaltige Formen der Energiegewinnung eingesetzt werden können. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Erdwärmepumpen mit Luftwärmetauscher, auf Solarzellen und Photovoltaik sowie auf regionalen Energiequellen (Holz, Biogas). Die Technik z.B. der Biogasanlagen ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass auch Grünabfälle zur Energiegewinnung eingesetzt werden können – und dies fast ohne Geruchsbelästigungen. Der Main-Kinzig-Kreis soll verstärkt in die Eigenproduktion von regenerativen Energie einsteigen. Wir unterstützen auch Projekt wie in Burgjoß, in denen sich Menschen zusammenschließen und ihre Energiegewinnung gemeinschaftlich organisieren.

Windkraftanlagen sind keine Monster. Natürlich dürfen Windräder nicht in Naturschutzgebieten gebaut werden oder die Flora und Fauna stark beeinträchtigen. Jedoch sind Ängste unbegründet, die von Politikern und so genannten Bürgerinitiativen, die auf den Gehaltslisten der Energiekonzernen stehen, geschürt werden. Die neue Generation der Windräder ist äußerst effektiv. Sie können an mehreren Standorten im Main-Kinzig-Kreis errichtet werden. Deswegen stehen wir dem Ausbau der Windenergie, insbesondere den Projekten in den Regionen Schlüchtern, Steinheim, Schöneck und Niederdorfelden, positiv gegenüber.

Sauberes Wasser als Grundlage des Lebens

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schreibt den Schutz für Flüsse, Seen und Grundwasser vor. Diese muss der Main-Kinzig-Kreis bis zum Jahr 2015 umsetzen. Bisher hat die Koalition aus SPD und CDU dem Gewässerschutz keine Gewichtung gegeben.

Wir fordern

- die Sanierung von Gewässern und der Schutz des Grundwassers,
- die Überprüfung der Effizienz der Kläranlagen der Gemeinden,
- die schrittweise Beendigung des Leerpumpens des Grundwassers der Spessart- und für die Ballungsräume,
- ein systematisches und über Appelle und Informationsbroschüren hinausgehendes Wassersparen als eine der zentralen Aufgaben von Investitionen.

Reine Luft zum Atmen

Nicht nur in den touristischen Gebieten wie in der Rhön und im Spessart darf die Luft rein sein. Die Koalition aus SPD und CDU hat bisher den Kreisgemeinden nicht geholfen, um vor Ort Verbesserungen durchzuführen. Dies gilt für effiziente Heizungsanlagen genauso wie für den Hauptverursacher von Luftverschmutzung – dem Verkehr. Die EU-Feinstaubrichtlinie sieht dann klare Regelungen vor, wenn der Wert überschritten. Wir wollen dafür sorgen, dass schon vor der Überschreitung präventiv Maßnahmen ergriffen werden.

Lärm macht krank

Da das Ohr nie schläft, gehören durch Lärm verursachte Krankheiten (insbesondere Bluthochdruck, Herz- und Kreislauferkrankungen) zu den häufigsten Krankheiten. Die Koalition aus SPD und CDU sieht nur den Fluglärm von Gelnhausen bis Maintal als Problem an.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert

- die detaillierte Prüfung aller Ausbaumaßnahmen im Straßenverkehr, der Lärmquelle Nummer eins, auf ihre Lärmfolgen. Neben Lärmschutzwänden sind auch Tempolimits denkbar.
- eine Reduzierung auch des Lärms von Zügen. Der MKK muss hier gemeinsam mit den Kreisgemeinden Lärminderungspläne und umsetzen, um aktiv gegen Lärm vorzugehen.

Ökologischer Landbau und Bioprodukte statt Gentechnik

Wir wenden uns klar gegen den Anbau von genmanipulierten Pflanzen. Gentechnik ist auf Dauer nicht beherrschbar. Die Auswirkungen auf andere Pflanzen, Tiere und den Menschen sind unvorhersehbar. Gentechnik wird aus Profitgier betrieben, obwohl wir sie für die Nahrungsproduktion nicht brauchen.

Wir stehen, anders als die Kreiskoalition aus SPD und CDU, für den Vorrang des biologischen Anbaus und die Förderung biologischer Produkte.

Wir fordern:

- die aktive Förderung und öffentlichkeitswirksame Unterstützung des biologischen Landbaus einschließlich der Tierhaltung und der Pflanzenzucht nach den Regeln der anerkannten einschlägigen Verbände,
- in allen kreiseigenen Einrichtungen (z. B. in Kindergärten, Schulen, Seniorenwohnheim und Krankenhäuser) Essen aus biologischen Anbau in der Region.

Natur- und Tierschutz

Im Main-Kinzig-Kreis setzt sich DIE LINKE. für die Sicherung schützenswerter Lebensräume und die Erhaltung der charakteristischen Merkmale des Lebensraumes rund um die Kinzig mit den Ausläufern des Vogelberges, Spessarts und der westlichen Rhön ein.

Ein umfassender Schutz der einheimischen Tier- und Pflanzenarten soll die biologische Vielfalt nachhaltig sichern und verbessern. Die stark angewachsene Population von Waschbären beispielsweise, einer eigentlich in Nordamerika beheimateten Tierart, wirkt sich bereits heute durch die Zerstörung vieler Gelege auf den Vogelnachwuchs im Kreis aus.

Die ausgedehnten Wälder im Kreisgebiet sind nicht nur ein Erholungsort für Menschen und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern übernehmen viele Schutzfunktionen für Klima, Wasserhaushalt und Luftreinheit.

Wir fordern:

- nachhaltige Konzepte zum Schutz der einheimischen Tier- und Pflanzenarten vor der Verbreitung gebietsfremder Pflanzen -und Tierarten
- die weitere Entwicklung des Biotopverbundnetzes im Kreis
- feste Zuschüsse für die ortsansässigen Natur- und Tierschutzvereine sowie Unterstützung für die Tierheime
- weitere Aufwertung ausgeräumter Landschaften mit ehemals naturraumtypischen Bestandteilen (Streuobstwiesen)
- die Förderung und Unterstützung des sanften Tourismus
- weitere Aufforstungen in den Wäldern des Kreises nach den Kriterien der Nachhaltigkeit
- bessere Maßnahmen auf den Straßen zum Schutz vor Wildunfällen
- Öffentliche Taubenschläge in den Innenstädten und Kastrationsgebot für freilaufende und wilde Katzen
- Keine Zirkusgastspiele mit Wildtieren
- für die Hundezucht und -haltung: Anpassung der gesetzlichen Vorgaben für die Hundezucht und den Hundehandel an die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse über Hundeverhalten, Sachkundenachweis für Hundehalter, Verhinderung von unqualifizierter, unkontrollierter Hundevermehrung und skrupellosem Hundehandel
- Tiertafeln (finanzschwache Menschen müssen oft aus Kostengründen ihr geliebtes Tier abgeben)
- die Wildschweinpopulation tierschutzgerecht einzudämmen
- Tierfriedhöfe als Alternative zur Tierverwertungsanstalt

Sanierung von Konversionsflächen und Vorrang für Natur

Durch den Wegzug der Amerikaner müssen viele Konversionsflächen, wie etwa in Hanau, Erlensee und Gelnhausen saniert werden. Aber nicht nur diese Konversionsflächen müssen saniert werden. Überall im Main-Kinzig-Kreis gibt es brachliegende Flächen, die eventuell auch

entsiegelt und somit der Natur zurückgegeben werden können. Die Koalition aus SPD und CDU unterstützt den Flächenfraß einzelner Kreisgemeinden. Obwohl auch die Ziele des Regionalentwicklungsplans der immer weiterschreitenden Versiegelung von Freiflächen durch Gewerbe- und Wohngebiete entgegenstehen, werden immer weitere Gebiete ausgewiesen. Wir fordern ein Ende des vernichtenden Konkurrenzkampfes durch die Ansiedlungspolitik (z. B. Flächenausweitung und Gewerbesteuersenkung) zwischen den Kommunen.

Schutz vor Strahlung für jeden

Die Zeiten, in dem Hanau als Atomdorf tituliert worden ist, sind vorbei. Dass die Firma NCS vor dem Oberverwaltungsgericht mit ihrem Ansinnen für ein weiteres atomares Zwischenlager gescheitert ist, ist ein Gewinn für die Menschen.

Strahlung muss jedoch nicht alleine atomare Strahlung sein. Anders als die Koalition aus SPD und CDU wenden wir uns gegen Mobilfunkmasten an Kindergärten, Schulen, Seniorenwohnheime und Krankenhäuser. Wir sehen mit Besorgnis, dass die zu hohen Grenzwerte immer noch nicht dem technisch möglichen Standard angepasst worden sind.

13. Der Fall Staudinger

Neubau von Block 6 des Kraftwerkes Staudinger

Das von E.ON geplante neue KohlegröÙkraftwerk am Standort Großkrotzenburg widerspricht dem Grundsatz der Raumordnung und Landesplanung: „GroÙkraftwerke sollen nur erweitert oder an einem neuen Standort errichtet werden, wenn sich aus dieser Maßnahme in der Gesamtbetrachtung ökologische Vorteile ergeben.“

Die ökologische Bilanz des KohlegröÙkraftwerkes ist negativ. Doppelt so viele Brennstoffe wie bisher müssten mit erheblichen Verkehrsbelastungen und mehr Staubentwicklung beim Entladen antransportiert werden. Der Kaltlufttransport würde durch eine neue Wärmeinsel blockiert. Es würden deutlich mehr Abfälle anfallen und mit einer Belastung für die Umwelt abtransportiert werden müssen. Die Immissionsmenge von krebserzeugende Stäuben und Schwermetallen sowie Stickoxiden und Schwefeldioxid würde merklich ansteigen. Die weltweite Klimaerwärmung würde durch den Ausstoß erheblicher größerer Mengen an klimaschädlichen Gasen (CO₂, Lachgas) beschleunigt und dadurch das Leben und die Gesundheit tausender von Menschen gefährdet werden. Für die Anwohner in Nachbarschaft des Kraftwerkes würde die Schadstoffbelastung erheblich ansteigen. Der Lebensraum des Mains würde durch warme Abwässer geschädigt werden.

Gegen den Neubau klagen die Gemeinde Hainburg und zwei Privatpersonen. Der Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Herr Möller-Meinecke, betreut ebenfalls die Arbeitsgemeinschaft gegen Block 6 der Stadt Hanau und der Gemeinde Alzenau. Die Landesregierung in Hessen hat das Raumordnungsverfahren (ROV) eingeleitet. Dabei wäre anzunehmen, dass unabhängige Gutachter und Sachverständige bestellt werden. Dem ist leider nicht so. Der Betreiber des Kraftwerkes E.ON wurde beauftragt, diese zu bestellen und zu bezahlen. Solche E.ON-Gutachten führen zu vielerlei Mängeln. Um nur einige zu nennen: Falsche Festlegung der Standorte und Anzahl der Messpunkte, falsche Festlegung welche Schadstoffe gemessen werden, keine Windmessungen, keine Windkanal-Tests, keine Berücksichtigung des Vollastbetriebs, keine Mittelwerte, keine genauen Vor-Ort-Messungen, keine Berücksichtigung der Inversionswetterlagen, Flurwinde und Hanglagen im Spessart, keine Bewertung der Zusatzbelastungen, keine Nullvariante und nicht einmal eine echte Standortprüfung.

Von einer Zunahme des Schiffs-, Zug- und Straßenverkehrs ganz zu schweigen. Dass fallende Immobilienpreise – bis hin zum Verzicht auf Kauf – die Bürger im Umfeld des Monsterkraftwerks hinnehmen müssen, ist nicht akzeptabel.

Energiekonzerne enteignen und vergesellschaften

Nur eine demokratisch wirksame Kontrolle kann die monopolhaftige Struktur der vier großen Konzerne E.ON, RWE, Vattenfall Europe und EnBW brechen. Dieses Oligopol bestimmt die Art der Energieerzeugung und ist im Sinne einer höchstmöglichen Rendite für die hohen Energiepreise verantwortlich. Damit die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Klimaschutzziele erreicht werden können, muss die bestehende Monopolstruktur aufgebrochen und Rekommunalisiert werden. Vertreter von Kommunen und Kreisen, von Umwelt- und Verbraucherverbänden müssen dabei ebenso in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden wie die Vertreter der Beschäftigten. (Mit dem Neubau von Block 6 werden Arbeitskräfte abgebaut!)

Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand

Wettbewerb durch konkurrierende Netze sind weder ökonomisch noch technisch sinnvoll. Auch eine vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung kann den Charakter der Netze als natürliches Monopol nicht auflösen. Es bedarf einer direkten gesellschaftlichen Kontrolle der Netze, um preislichen Missbrauch zu verhindern und eine zukunftsgerechte Ausrichtung der Energieversorgung sicherzustellen. Die Kontrolle der Netzinfrastruktur ist somit Aufgabe des Bundes. Es ist notwendig, die deutschen Gas- und Stromnetze in das Eigentum der öffentlichen

Hand mit Zuständigkeit des Bundes zu überführen. Dieses ist zu erreichen mit der Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit im Sinne des Artikels 14 Abs. 3 des Grundgesetzes oder mittels einer Sozialisierung nach Artikel 15 GG.

Nur eine vollständige Trennung von Netzbetreibern und Energieerzeugern wird den Missbrauch der Netzinfrastruktur durch Konzerninteressen verhindern. Andere Mittel, wie etwa die Regulierung, reichen nicht aus, um einen Missbrauch durch privatwirtschaftliche Interessen zu verhindern. Über Jahre hinweg hat E.ON überhöhte Netzgebühren eingenommen und notwendige Investitionen unterlassen. Damit hat gerade E.ON die gesetzlichen Verpflichtungen die mit dem Netzbetrieb verbunden sind nicht in ausreichendem Maße erfüllt. Dieser Missbrauch rechtfertigt eine Vergesellschaftung ohne Entschädigung!

Zukünftige Energieversorgung muss sozial und ökologisch gestaltet werden

Die aktuellen Entwicklungen auf dem Energiemarkt bedrohen angesichts der bestehenden Infrastruktur die Stabilität der Volkswirtschaft der Bundesrepublik. Die hohen Kosten für Energie entziehen der Allgemeinheit dringend benötigte Mittel für den Ausbau einer sozialen und ökologischen Energieversorgung.

Die staatliche Aufsicht der Strom- und Gaspreise wurde mit der Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes im Jahr 2006 abgeschafft. In der Folge gab es in immer kürzeren Abständen Strompreiserhöhungen, deren ökonomische Notwendigkeit nicht mehr nachzuvollziehen ist.

Immer mehr Menschen in Deutschland können sich eine angemessene Nutzung von Energie nicht mehr leisten, während die Energiekonzerne Rekordprofite einstreichen. Daher ist eine Sockelversorgung mit Strom kostenfrei zu stellen, so dass Stromverbräuche unterhalb des Durchschnittsverbrauchs deutlich kostengünstiger sind und so Anreize für einen sparsamen Umgang mit Energie schaffen. Stromsozialtarife sollen einkommensschwachen Haushalten sofort helfen. Grundsätzlich muss es auch eine Versorgungspflicht und damit ein Verbot von Stromsperrern geben. Es ist Aufgabe des Staates, für alle Bürgerinnen und Bürger einen allgemeinen, diskriminierungsfreien, verlässlichen und bezahlbaren Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Abwrackprämie für Staudinger

Die profitorientierten Unternehmen sind unfähig die anstehenden Aufgaben zu lösen. Dem Bürger wird Angst gemacht, indem von Stromlücken gesprochen wird, obwohl es genügend Alternativen zu Block 6 gibt. Lieber wird weiter investiert in Kohlekraftwerke und den Aktionären höchste Renditen für die kommenden Jahrzehnte versprochen. Obwohl sich die Lagerstätten langsam erschöpfen muss durch politisches Umdenken das Übel an der Wurzel gepackt werden. Widerstand, auch von Seiten der Bürgerinitiativen, ist dringend notwendig. (Sowohl im Parlament als auch außerparlamentarisch!) Das eingeleitete Raumordnungsverfahren ist eine Farce! Hat unsere hessische Landesregierung doch längst darüber entschieden, die Baugenehmigung für Block 6 vorab zu erteilen.

14. Kommunalpolitik ist auch Friedenspolitik

Auch in der Kommunalpolitik soll ein wirkungsvoller Beitrag zur Friedens- und Abrüstungspolitik erbracht werden.

Wir unterstützen die Stärkung internationaler und nationaler Partnerschaften und die vielfältigen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit. Damit wollen wir Standortkonkurrenzen zwischen den Kommunen minimieren und einen Beitrag zur gleichwertigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Region gegen Wirtschafts- und Sozialabbau leisten.

Für uns sind Frieden, Antifaschismus und Antirassismus kommunalpolitische Grundwerte. Wir setzen uns dafür ein, dass Denkmale, Gedenkstätten und „Stolpersteine“ im öffentlichen Raum genutzt werden, um einen breiten antifaschistischen Dialog zu führen und zu befördern.

DIE LINKE unterstützt lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus und gegen Ausländerfeindlichkeit. Der menschenverachtenden Ideologie rechtsextremer Parteien und so genannter nationaler Bewegungen stellen wir Zivilcourage und entschlossenes Handeln entgegen. Zudem setzen wir uns für die Stärkung demokratischer Strukturen der Zivilgesellschaft ein. Denn der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für uns auch ein Ringen um bürgernahe Politik.

Kommunale Anstrengungen für eine humane Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik, für fairen Handel mit der „Dritten Welt“, für gerechte Beziehungen zwischen den Staaten, aber auch für entsprechende kommunale Partnerschaften müssen eine feste Größe werden. Dazu gehört, dass die kommunalen Behörden alle Handlungsspielräume zugunsten der Betroffenen ausschöpfen.

Weil nur die Integration in das gesellschaftliche Leben der Kommune Flüchtlinge vor Übergriffen durch Rechtsradikale und vor staatlicher Abschiebung schützen kann, unterstützt DIE LINKE die Arbeit von Nachbarschaftsinitiativen und lokalen Asyl- Freundeskreisen.

DIE LINKE.Main-Kinzig fordert

- die aktive Mitarbeit in den weltweiten Bündnissen „Städte für den Frieden“ (Cities for Peace) und „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace);
- ein Verbot der NPD und aller ihr nahestehenden Organisationen sowie
- die Beteiligungsrechte von Flüchtlingen an den Entscheidungsprozessen in Bezug auf ihre Integration zu verbessern.

Kommunale Friedensarbeit verwirklichen – gegen völkerrechtswidrige Kriege

Deutschland führt wieder Kriege. Wer gehofft hatte, die führenden Politiker und Parteien hätten aus der Vergangenheit gelernt, sieht sich getäuscht. Im Gegenteil: Die lange Kette aktueller Kriegseinsätze findet kein Ende. Der größte Teil der Einsatzbeschlüsse wird nicht einmal mehr von der Presseöffentlichkeit zur Kenntnis genommen. DIE LINKE im Bundestag stimmt gegen alle Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Als einzige im Bundestag vertretene Partei unterstützt DIE LINKE aktiv die außerparlamentarischen Bewegungen gegen die Kriege.

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker entscheiden nicht über die Beteiligung an einem Krieg. Kommunalpolitik aber kann friedensfördernd wirken und den Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen die Kriegseinsätze stärken.

DIE LINKE im Main-Kinzig-Kreis beharrt darauf: Nur eine friedfertige und zivile Politik unter Maßgabe der internationalen Solidarität und Entwicklungspartnerschaft kann globale Sicherheit garantieren.

Wer den Krieg ablehnt, kann die Herstellung und das Geschäft mit Waffen nicht davon ausnehmen. Wir wissen aber auch: Die Beschäftigten in diesen Betrieben arbeiten für ihr Auskommen, nicht für den Krieg. Wir treten daher dafür ein, dass der Main-Kinzig-Kreis seine Bedeutung als Standort der Rüstungs- und Kriegsindustrie kritisch betrachtet. Der Kreis soll mit Projekten und Unterstützungsleistungen die Chancen und Möglichkeiten von Rüstungs- und

Militärkonversion aufzeigen und dazu beitragen, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes im Falle von Abrüstungsschritten abzubauen. In enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wollen wir Ansprechpartner für die Beschäftigten dieser Unternehmen sein.

Wir werden im Kreistag den Antrag stellen, dem *Baseler Appell* beizutreten und somit die Selbstverpflichtung des Kreises einfordern, ausländischen Deserteuren auf der Flucht vor Strafverfolgung und Kriegsdienst Schutz und Aufenthaltsrecht zu gewähren. Insbesondere gelten soll dieses für Angehörige der US-Streitkräfte, welche ihre weitere Teilnahme an den völkerrechtswidrigen Kriegen im Irak, in Afghanistan und weltweit verweigern und in ihrer Heimat von der Todesstrafe bedroht sind. Aktive Friedensarbeit heißt für DIE LINKE auch, entsprechende Bildungsaktivitäten, Erinnerungskulturen und die Bewusstseinsbildung über globale Zusammenhänge zu fördern und durch öffentliche Mittel zu unterstützen. Wir bleiben dabei: Krieg ist die *Ultima Irratio* – die ultimative Unvernunft, und muss für alle Zeiten geächtet werden.

15. Frauenrechte sind Menschenrechte

Am 8. März 2011 jährt sich der Internationale Frauentag zum hundertsten Mal. Dieser Tag markiert für die Frauenbewegung ein wichtiges Datum und geht auf die Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz im August 1910 in Kopenhagen zurück. Neben der Gleichberechtigung und dem Weltfrieden ging es den Frauen in den ersten Jahren um den Ersten Weltkrieg vor allem um das freie und geheime Frauenwahlrecht. Zwar haben Frauen ihr Wahlrecht längst erkämpft und auch Fortschritte erzielt – doch von der tatsächlichen Gleichstellung sind wir noch weit entfernt. Fast überall werden Frauen diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt, sowohl auf subtile als auch auf offensichtliche Art und Weise. Nach wie vor werden Frauen nicht gleichberechtigt an den Früchten der Entwicklung beteiligt. Ungleiche Bezahlung, Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut tragen verschärft dazu bei, dass die wirtschaftliche Kluft zwischen Männern und Frauen sich weiter vergrößert.

Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe

Obwohl Frauen Fortschritte erzielt haben, sind sie in unserem gesellschaftlichen Leben nach wie vor stark benachteiligt. Von einer Geschlechtergerechtigkeit sind wir noch weit entfernt. Fast überall werden Frauen diskriminiert und marginalisiert, sowohl auf subtile als auch auf offensichtliche Art und Weise und ihre Belange nachrangig behandelt. Nach wie vor werden Frauen nicht gleichberechtigt an den Früchten der Entwicklung beteiligt. Ungleiche Bezahlung, Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut tragen verschärft dazu bei, dass die wirtschaftliche Kluft zwischen Männern und Frauen sich weiter vergrößert.

Frauen wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit

In kaum einem EU-Land ist das Lohngefälle so groß wie in Deutschland. Frauen verdienen in Deutschland für gleichwertige Arbeit 23 Prozent weniger als Männer. Auch im öffentlichen Dienst finden sich Frauen vor allem dort, wo generell weniger verdient wird. DIE LINKE will für Frauen und Männer in unterschiedlichen Berufen des Öffentlichen Dienstes gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, wie es der Europäische Gerichtshof verlangt. Um diesen Anspruch umsetzen zu können, müssen Kriterien für die Gleichwertigkeit von Tätigkeiten erarbeitet werden.

Wirtschaftskrise: Schlechte Zeiten für Frauen

Wenn die Zeiten schlechter und die Jobs knapper werden, sind Frauen die ersten, die an den Rand des Arbeitsmarktes oder auf die Straße gedrängt werden. Ob Ein-Euro-Job, Minijob, Leiharbeit oder Teilzeit – fast jede dritte erwerbstätige Frau arbeitet im Niedriglohnsektor. Für sie ist ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben so gut wie ausgeschlossen. Altersarmut ist für viele vorprogrammiert. Deshalb dürfen der Kreis und die Kommunen städtische Aufträge nur an solche Firmen vergeben, die Frauen fördern, nach Tarif bezahlen und kein Lohndumping betreiben. Frauen brauchen nach der Arbeitslosigkeit oder nach Kindererziehungszeiten eine Berufsperspektive. Hierfür müssen die Kommunen verstärkt Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds der Bundes- und Landesregierung für ihre Umschulung und Weiterbildung nutzen.

Hohe Schuldenlasten zu Lasten der Frauen

Durch die Wirtschaftskrise verlieren die Kommunen hunderte Millionen Euro an Einnahmen. Den Haushaltskassen drohen gewaltige Finanzeinbrüche. DIE LINKE. Main-Kinzig befürchtet, dass der Kreis die Finanzeinbrüche vor allem dadurch kompensieren will, dass er öffentliches Eigentum verkauft, Schwimmbänder schließt und unter anderem die Preise des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie Kindergartenbeiträge erhöhen wird. Eine solche unsoziale Privatisierungs- und Kahlschlagpolitik würde vor allem Frauen mit Kindern und niedrigen Einkommen belasten. Für die Teilhabe am sozialen, kulturellen, sportlichen und dem Erwerbsleben

ist diese Bevölkerungsgruppe besonders vom ÖPNV und der öffentlichen Infrastruktur abhängig. Ein allgemein zugänglicher und sozial angemessener ÖPNV gewährleistet einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge. DIE LINKE. Main-Kinzig fordert bezahlbare Tickets für alle sowie ein Sozialticket zum halben Preis für Menschen, die Hartz IV, Sozialhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz beziehen. Der Main-Kinzig-Kreis muss sich dafür einsetzen, ein hessenweites Sozialticket einzuführen.

Frauen vor Gewalt schützen

Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet und spielt sich oft im Verborgenen ab. Gerade Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sind in dem in besonderem Maße ausgesetzt. Die Kommunen im Main-Kinzig-Kreis müssen Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form schützen. Deshalb müssen sie die Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch sowie Beratungsstellen und Frauenzentren erhalten und ausbauen. Vor allem Projekte für Migrantinnen müssen verstärkt gefördert werden, wie beispielsweise Sprachkurse für Frauen, Rechtsberatung, berufliche Unterstützung.

Frauen, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind, brauchen Zufluchtsorte. Der Main-Kinzig-Kreis muss die bestehenden Frauenhäuser in Wächtersbach und in Hanau erhalten und ausbauen. Um die Frauenhäuser nachhaltig zu sichern, muss der Kreisausschuss im Kreistag ein langfristiges Finanzierungskonzept erstellen. Das ermöglicht den Frauenhäusern Planungssicherheit auch über einen längeren Zeitraum. Ferner fordern wir den Kreisausschuss auf, sich auf der Landesebene dafür einzusetzen, dass der Schutz vor Gewaltopfern als Pflichtaufgabe der Länder anerkannt wird.

Hessisches Gleichstellungsgesetz konsequent umsetzen

Das Hessische Gleichstellungsgesetz (HGIG) dient dem Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu verwirklichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und bestehende Unterrepräsentanz von Frauen im öffentlichen Dienst zu beseitigen. DIE LINKE. Main-Kinzig verfolgt diese Ziele konsequent und will mit Hilfe von Frauenförderplänen die Zugangs-, Aufstiegs- und Arbeitsbedingungen für Frauen verbessern. Weiterhin müssen die Kommunen Rahmenbedingungen schaffen, die es Frauen und Männern ermöglicht, Erwerbstätigkeit und Familienarbeit zu vereinbaren. DIE LINKE unterstützt die Frauenbeauftragten im Main-Kinzig-Kreis bei ihrer Arbeit, die auf dem HGIG basiert.

Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe

Die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei stadtplanerischen und politischen Entscheidungsprozessen müssen berücksichtigt werden. Eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter erfordert eine weitreichende emanzipative Kommunalpolitik, die in allen Lebensbereichen Diskriminierung beseitigt und Frauen auf allen Ebenen den Männern sozial und ökonomisch gleichstellt. Alle politischen Akteurinnen und Akteure müssen grundsätzlich den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, zwischen Mädchen und Jungen einnehmen. Das Frauenbüro und der Frauenbeirat des Main-Kinzig-Kreises haben nur beratende Funktion. Gleichstellungspolitik erfordert jedoch eine Vertretung von Frauen mit echter eigener Entscheidungsbefugnis. Ziel muss sein, dass alle gleichermaßen an allen vier Lebensbereichen teilnehmen können: an der Erwerbsarbeit, an der Betreuungs- und Pflegearbeit, an der kulturellen Entwicklung und am politischen Engagement. Kein Sachzwang und keine finanzielle Einsparung dürfen zu Lasten von Frauen gehen. DIE LINKE wird immer ihre Stimme kritisch erheben, sollten Abstimmungen und politische Entscheidungen Frauenrechte zurückdrängen oder in Frage stellen.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert:

- Existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen. Städtische Aufträge werden nur an solche Firmen

vergeben, die Frauen fördern, nach Tarif bezahlen und kein Lohndumping betreiben.

- Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Um dies umsetzen zu können, müssen Kriterien für die Gleichwertigkeit von unterschiedlichen Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst erstellt werden.
- Frauen- und familiengerechte Umgestaltung der Lebensräume in Städten und Kommunen. unter Berücksichtigung Die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern müssen berücksichtigt werden.
- Einen Frauenausschuss mit politischem Gewicht und eigenen Entscheidungsbefugnissen.
- Die Nutzung von Fördergeldern aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) der Bundes- und Landesregierung für die Umschulung und Weiterbildung für Frauen nach der Arbeitslosigkeit oder nach Kindererziehungszeiten.
- Die Erstellung eines langfristigen Finanzierungskonzeptes für die Frauenhäuser in Hanau und in Wächtersbach, um sie nachhaltig zu sichern und auszubauen.
- Den Ausbau von Beratungsstellen und Frauenzentren sowie die verstärkte Förderung von Frauenprojekten.
- Die Anerkennung des Schutzes vor Gewaltopfern als Pflichtaufgabe der Länder. Dafür muss sich der Kreisausschuss auf Landesebene einsetzen.
- Die konsequente Umsetzung des Hessischen Gleichstellungsgesetzes mit dem Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu verwirklichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und bestehende Unterrepräsentanz von Frauen im öffentlichen Dienst zu beseitigen.

16. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und zunehmenden Rassismus ist die Mitte der Gesellschaft – wie zahlreiche Studien belegen. Antisemitische oder islamfeindliche Einstellungen etwa gehen quer durch alle Schichten der Gesellschaft. Der Fall Sarrazin im September 2010 war nur ein Beispiel dafür. Nach wie vor sehen sich Minderheiten auch im Main-Kinzig Kreis Ressentiments und Ausgrenzung ausgesetzt. DIE LINKE. Main-Kinzig setzt sich für einen diskriminierungsfreien und solidarischen Main-Kinzig-Kreis ein, in dem Rassisten und Faschisten kein Raum geboten wird.

Die NPD, ihre Kameradschaften und faschistische Parteien sowie rechtsextreme Organisationen und Gruppen – wie etwa rechte Burschenschaften – breiten sich auch im Main-Kinzig-Kreis immer stärker aus. Dies geschieht teils auf legalem Weg unter Ausnutzung demokratischer Rechte, aber auch in der Illegalität. Diese Entwicklung ist eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, der durch die Verschärfung der sozialen Widersprüche in den kapitalistischen Ländern gekennzeichnet ist, woraus Handlungsmuster erwachsen, die auf Ausgrenzung, Irrationalismus und auf autoritären Politikkonzepten basieren.

Antifaschismus und Antirassismus stellen für Linke auch eine existenzielle Bedrohung dar. Denn Rechtsextremismus zeichnet sich immer auch durch seine Ziele der Behinderung und Ausschaltung emanzipatorischer Bewegungen bis hin zur physischen Vernichtung aus.

Rechtsextremismus und Rassismus sind auch im Main-Kinzig Kreis präsent und werden durch Republikaner und die NPD zunehmend öffentlichkeitswirksam vertreten. Es ist bisher im Main-Kinzig Kreis gelungen, diesen Kräften Einhalt zu gebieten – auch durch das meist konsequente Auftreten der demokratischen Parteien gegen diese verfassungsfeindlichen Parteien. Dennoch bleibt festzustellen, dass die Provokationen von rechts stetig zunehmen, sei es bei der Störung von Veranstaltungen, wie dem jährlichen Ostermarsch in Bruchköbel, oder durch verbale Entgleisungen der Republikaner in den Sitzungen des Kreistages.

DIE LINKE. Main-Kinzig setzt sich entschieden gegen Rechtsextremismus ein. Wir setzen auf eine Zusammenarbeit mit den Initiativen im Kreis, die antifaschistische Aufklärungsarbeit betreiben und fördern diese auf vielfältigen Ebenen. Wir wenden uns gegen die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund und fördern den kulturellen Dialog, um Vorurteilen entgegen zu wirken und Misstrauen abzubauen. In diesem Bereich wird in unserem Kreis von vielen Menschen mit viel Engagement gearbeitet. Hier wollen wir als Ansprechpartner unterstützend zur Seite stehen.

Jegliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus müssen unter ordnungsrechtlichen, polizeilichen und juristischen Aspekten betrachtet und als Problem regionaler Entwicklung wahrgenommen und konsequent verfolgt werden. Langfristig müssen sich die Kommunen zu Orten der interkulturellen Integration, Partizipation und Kommunikation entwickeln. In den Kreisen und Städten fordern wir MigrantInnenbeiräte und Ausländerbeauftragte als Interessenvertretung. Zur Integration gehören auch Maßnahmen wie unentgeltliche Sprachkurse für Erwachsene und Kinder. Auch jugendliche Migrantinnen und Migranten müssen einen Ausbildungsplatz erhalten.

DIE LINKE. Main-Kinzig ist für eine intensive Informations- und Aufklärungsarbeit zu rechten Gruppierungen und ihren Zielen, vor allem an den Schulen. Sie strebt auch in den Kommunen ausdrücklich eine enge, gleichberechtigte und wirkungsvolle Zusammenarbeit aller demokratisch gesinnter Antifaschistinnen/Antifaschisten an und ruft sie zum konsequenten Widerstand gegen den alten und neuen Ungeist des Faschismus auf. Die Kommune ist eine der Ebenen, auf der der Rechtsextremismus kompromisslos und wirkungsvoll bekämpft werden muss.

DIE LINKE. Main-Kinzig fordert für eine Politik gegen Rechtsextremismus, dass:

- der Kreis und die Kommunen sich auch weiterhin gegen rechtsextreme Aktionen und Demonstrationen wenden – positives Beispiel ist hier der 5. September 2009 in Gelnhausen;
- in den Kommunen Bündnisse und Aktionen gegen Rechtsextremismus politisch, organisatorisch und finanziell unterstützt werden;
- sich der Kreistag für Landesprogramme gegen Rechtsextremismus einsetzt, um Kommunen,

Verbände und Vereine, die sich für die Ächtung von Gewalt und Intoleranz einsetzen, wirksam zu unterstützen;

- der Kreis und die Kommunen gegen rechtsradikale Propaganda ordnungsrechtlich und gerichtlich vorgehen;

- der Kreistag für ein Verbot aller faschistischen und rassistischen Organisationen eintritt;

- eine zentrale antifaschistische Informations- und Bildungsstelle im Main-Kinzig-Kreis geschaffen wird sowie

- eine menschenwürdige Asyl-, Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik im Kreis und in den Kommunen betrieben wird.

17. Politik für, nicht gegen Migrantinnen und Migranten

Deutschland ist mit rund 20 Prozent Migrantinnen und Migranten neben den USA und Russland das drittgrößte Einwanderungsland dieser Erde.

Nach mehr als 50 Jahren Migrationsgeschichte müssen wir feststellen, dass in der bundesdeutschen Realität viele Migrantinnen und Migranten in ihrer Wohnumgebung isoliert, in der Arbeitswelt überwiegend mit niedrigen Tätigkeiten betraut und vom gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben weitgehend ausgeschlossen sind. Der überwiegende Teil der Migrantinnen und Migranten hatte keinerlei Bildungschancen. Für die jeweils nachfolgende Generation setzt sich diese negative Entwicklung nahtlos fort. Es ist die Folge einer verkehrten und realitätsverleugnenden Politik.

Soziale Probleme nicht ethnisieren

Die Angebote für Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene müssen ihrer kulturellen Vielfalt entsprechen. Ziel linker Integrationspolitik ist es, allen Migrantinnen und Migranten die Teilhabe am kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Integration ist ein unverzichtbarer Teil einer fortschrittlichen Migrationspolitik, damit die hier lebenden Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt am kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Deshalb fordert DIE LINKE unter anderem ein Wahlrecht für alle in Deutschland Lebenden mindestens auf kommunaler Ebene.

Der Main-Kinzig-Kreis braucht eine offene Migrations- und Integrationspolitik, die auf Ausgrenzung verzichtet und die Rechte und soziale Lage der Migrantinnen und Migranten verbessert. Was wir nicht brauchen, ist eine Politik, die Migration immer stärker nach Kriterien der „Nützlichkeit“ organisiert.

Migrantinnen und Migranten benötigen konkrete und unterstützende Maßnahmen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Beruf sowie zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung. Den Problemen einer möglichen Ghettoisierung ist auf kommunaler Ebene sozialpolitisch und unter Mitwirkung der betroffenen Bevölkerungsgruppen und Stadtteile entgegenzuwirken.

DIE LINKE. Main-Kinzig will sich dafür einsetzen, dass im Main-Kinzig-Kreis

- eine Stadtteil- und Wohnungspolitik unterstützt wird, die das Ziel der Integration und der Achtung kultureller Identität von Migrantinnen und Migranten hat. Entsprechende Initiativen aus der Gesellschaft verdienen besondere Unterstützung;
- Grund- und weiterführende Schulen als Ganztagschulen in gebundener Form geführt werden;
- Kindergärten und Kinderkrippen ausreichend kostenfreie Ganztagsplätze anbieten;
- konkrete unterstützende Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten in den Bereichen Schule, Ausbildung und Beruf sowie zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung ergriffen werden;
- die im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen, Kompetenzen und berufliche Erfahrungen anerkannt werden sowie
- insgesamt eine offene Migrations- und Integrationspolitik betrieben wird.

18. Touristische Potenziale besser nutzen

Der Tourismus ein wichtiges Standbein der Wirtschaft im Main-Kinzig-Kreis. Obwohl der Tourismus einen entscheidenden Beitrag zur Wertschöpfung im Kreis leistet, zahlreiche Arbeitsplätze sichert und schafft, erhält er im wirtschaftspolitischen Handeln zu wenig Aufmerksamkeit. Im Tourismus besteht die große Chance, durch eine Verzahnung von aktiver Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Bei der Tourismuskonzeption müssen wirtschaftliche, ökologische und soziale Anforderungen stärker berücksichtigt werden. Ziel sollte es sein, mehr Gäste aus dem In- und Ausland für den Main-Kinzig-Kreis zu begeistern. Dazu sind weitere Verbesserungen in der touristischen Infrastruktur, bei der Angebotsgestaltung und in der Vermarktung des Reisegebiets notwendig.

Verbesserungsmöglichkeiten sehen wir auch in der tourismusbezogenen Zusammenarbeit der Kreise und kreisfreien Städte und bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit. Tourismus kennt keine Kreis- und Landesgrenzen. Von einem gemeinsamen Marketing sowie einer abgestimmten Angebotsgestaltung würden sowohl die Gäste als auch die Leistungsträger profitieren.

Die Barrierefreiheit von touristischen Angeboten ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Trotz vieler positiver Entwicklungen im barrierefreien Tourismus in den vergangenen Jahren stellt das Reisen für viele Menschen aufgrund zahlreicher Barrieren immer noch eine besondere Herausforderung dar. Die Barrierefreiheit ist Querschnittsaufgabe und Qualitätsmerkmal der Träger des Tourismus insgesamt und für seine Gäste. ist ein Umdenken und auch eine verstärkte politische Flankierung dringend nötig.

Obwohl der Kinder- und Jugendtourismus ein wichtiges Marktsegment im Tourismus darstellt, ist auch er bisher nicht ausreichend in der Tourismuskonzeption berücksichtigt worden. Nach wie vor gibt es erhebliche Defizite von kinder- und jugendtouristischen Angeboten im Kreis.

Reiseziel Main-Kinzig-Kreis

Zur besseren Nutzung der vorhandenen touristischen Potentiale setzen wir uns konkret dafür ein:

- die touristischen Angebote im Kreis stärker zu vernetzen, um durch Kooperationen von Leistungsträgern und Reisegebieten Synergieeffekte zu erzeugen;
- zumindest eine zweisprachige Website des Kreises zu erstellen;
- dass der Kreis angesichts der zunehmend komplexer werdenden Regelungen und Bestimmungen sowie der hohen Kosten einer Umrüstung auf Barrierefreiheit umfassende Zusammenarbeit und Informationen anbietet und entsprechende Investitionsmaßnahmen fördert;
- dass Stadtrundgänge und Kulturpfade ausgeschildert werden und sich einzelne Stadtteile, Regionen und Kommunen thematisch profilieren können;
- dass Kinder- und Jugendreisen durch einen „Aktionsplan Kinder- und Jugendtourismus“ gezielter unterstützt werden;
- dass ausgewählte Betriebe bei ihrer Teilnahme an Zertifizierungen für familien- und kinderfreundliche Einrichtungen (Familotel, Kinderhotels etc.) unterstützt werden;
- dass sich der Main-Kinzig-Kreis als besonders preiswert, familien- und kinderfreundlich profiliert und deshalb auch die Angebotsgestaltung für künftig wichtiger werdende Zielgruppen wie Alleinerziehende mit Kindern, mit Kindern reisende Großeltern etc. gefördert wird;
- dass ein Konzept für eine deutlich engere und qualitativ bessere Verzahnung mit den Schulen der Region und landesweit für Schul- und Klassenfahrten sowie für Ausflugsprogramme speziell für Frankfurter Kinder und Jugendliche erarbeitet wird;
- ein Radtourenkonzept gemeinsam mit dem ADFC (Ausflugstouren für Frankfurter) zu entwickeln, Radwanderrastplätze an ausgewiesenen Routen einzurichten sowie die wichtigsten Radwege regelmäßiger Bewertung und Kontrolle mittels Checkliste zu unterwerfen;

- dass Patenschaften für die Pflege der Wander- und Radwanderwege (z.B. mit Vereinen) übernommen werden sowie eine zusätzliche Ausweisung von Wanderparkplätzen stattfindet;
- dass spezifische Angebote für allein reisende ältere Menschen entwickelt werden (keine Zuschläge für Einzelzimmernutzung, Gemeinschaftsaktivitäten, Abholung von der Bahn, Gepäcktransport usw.);
- eine Optimierung der Vermarktung der Angebote für 50+ umzusetzen (zielgruppenorientierte Printmedien, optimierte Internetdarstellungen usw.) und einen entsprechenden Service- und Weiterbildungsaktionsplan für die Leistungsanbieter und das Servicepersonal zu initiieren;

Ausländische Märkte

Die Prioritäten für den Tourismusmarkt Main-Kinzig liegen außerhalb der Region auf absehbare Zeit in den europäischen (Nachbar-) Regionen. Dennoch sollten, wiederum v.a. in Verbindung mit Frankfurt, auch Märkte wie USA, Japan, China, künftig auch Indien, in angemessenem Umfang und mittels Kooperationsmarketing, bearbeitet werden.

Motivation und Engagement hängen immer davon ab, wie stark sich die Menschen mit einer Aufgabe identifizieren. Deshalb muss die Tourismusedwicklung im Main-Kinzig-Kreis von Bürgern und Betrieben, Regionen, Verbänden und Organisationen gleichermaßen aktiv getragen werden. Gastfreundschaft und Aufgeschlossenheit gegenüber „Fremden“, Bewusstsein für kulturelle und natürliche Werte, ehrlich verstandener Stolz auf den Kreis und seine Städte und Kommunen, der sich auch auf die Gäste überträgt, Bezüge zu Kultur, Natur und Geschichte des Landes – all das macht Identität aus.

19. Für eine realistische und humane Drogenpolitik im Kreis

Sucht ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Die Entstehung von Suchtverhalten ist von individuellen Faktoren, dem sozialen Umfeld des Menschen und dem Suchtmittel abhängig. Allgemein müssen gesamtgesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es allen Menschen ermöglichen, persönliche Belastungen besser bewältigen zu können. Hierzu gehören neben der Entwicklung der eigenen Lebenskompetenz gute soziokulturelle Bedingungen und die Einbindung in soziale Netze. Dann wird es auch weniger Suchtverhalten geben.

Die konkrete Drogen- und Suchtpolitik hat aus Sicht der LINKEN immer zwei miteinander verschränkte Ziele:

1. Umfassende und sachliche Prävention und Aufklärung, eingerahmt von entsprechenden rechtlichen Regulierungen, z.B. Altersbeschränkung bei Alkoholkonsum etc.

Prävention beginnt bereits in der Gestaltung gesunder Lebensbedingungen, in der Unterstützung der Entwicklung einer individuellen Lebenskompetenz durch soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Auf Risikogruppen muss gezielt und individuell zugegangen werden, um Entwicklungen hin zur Abhängigkeit abzuwenden und Risiken zu reduzieren. Neben der Aufklärung kommt hier auch der Reflexion bereits bestehenden Konsum- und Missbrauchsverhaltens eine große Rolle zu. Für ehemals Abhängige müssen gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, die dazu beitragen, Rückfälle in ein Missbrauchs- und Suchtverhalten zu vermeiden.

2. Eine Drogen- und Suchtpolitik, die sich mit den aktuell Abhängigen befasst, ihre Situation verbessert und Angebote zum Ausstieg vorhält statt die Abhängigen zu kriminalisieren – mit erheblichen negativen Folgen für die Gesellschaft, z.B. Beschaffungskriminalität.

Illegale Drogen

Hier übernahm vor ca. 25 Jahren die Stadt Frankfurt eine Vorreiterrolle und entwickelte den so genannten Frankfurter Weg. Drogenreferat und Montagsrunde (Drogenreferat, Beschäftigte aus der Drogenhilfe, Mediziner und Polizei/ Drogendezernat) bemühen sich seitdem, die Situation um die (Drogen-)Szene zu entschärfen. Es entstanden verschiedene Einrichtungen und Projekte der Drogenhilfe. Niedrigschwellige Angebote (z.B. Konsumräume) oder Angebote (z.B. KISS) wurden geschaffen, um DrogenkonsumentInnen die Möglichkeit zu geben, Risiken (des Konsums) zu minimieren. Schwerstabhängige HeroinkonsumentInnen können unter bestimmten Bedingungen am Heroinprojekt teilnehmen. Doch auch in Frankfurt wird mittlerweile der „Krieg gegen Drogen“ geführt. Videoüberwachung, Personenkontrollen und Hausdurchsuchungen werden eingesetzt, um DrogengebraucherInnen zu kriminalisieren. Wir wehren uns gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von DrogengebraucherInnen und setzen uns für die Regulierung aller illegaler Substanzen ein! Wir wollen uns an der Weiterentwicklung des Frankfurter Wegs beteiligen und die Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen vorantreiben.

Heroin

1991 sind in Frankfurt 147 HeroinkonsumentInnen verstorben; 2009 waren es 34. Das beweist, dass der „Frankfurter Weg“ erfolgreich war. Er muss aber auch weiter entwickelt und großflächiger angewendet werden – auch im Main-Kinzig-Kreis.

Deshalb sollten auch im Main-Kinzig-Kreis die Bedingungen, unter denen die Substitution von HeroinkonsumentInnen stattfindet, weiter und schnell erleichtert werden.

Kokain

Kokain respektive Crack auf der Drogenszene stellt ein großes Problem dar. Kokain und seine

Derivate erzeugen eine starke psychische Abhängigkeit und Kokainabhängige sind häufig von Verelendung betroffen (hoher Preis, hohe Konsumhäufigkeit).

Ein Modellprojekt zur Behandlung von schwerstabhängigen Kokainabhängigen würde gut integrierten Personen langfristig den Ausstieg aus der Szene erleichtern. Kokain könnte ärztlich kontrolliert in verschiedenen Applikationsformen, ähnlich wie bei dem Projekt zur Heroinsubstitution, abgegeben werden.

Cannabis

Die Gesundheitsrisiken im Cannabiskonsum sind im Vergleich zu jenen von Heroin und Alkohol gering, so dass bei Klein- und Gelegenheitskonsumenten häufig weder Strafe noch Therapie angezeigt sind. Auch ist in vielen Teilen der Bevölkerung eine wachsende Akzeptanz dieser Droge zu vermerken. Es gibt gerade bei Cannabis eine Alternative zum Krieg gegen Drogen:

Das Coffeeshop-Modell, das seit Jahren in den Niederlanden funktioniert und den Cannabis Social Club (gibt es in Spanien und Belgien). Ein Cannabis Social Club ist nicht gewerblich, da er den gemeinsamen Anbau zu Deckung des Eigenbedarfs organisiert und er ermöglicht den Behörden und Ämtern jeder Zeit den gesamten Erzeugungsprozess zu kontrollieren. Dadurch könnten Vergiftungen durch verunreinigtes Cannabis/ Marihuana verhindert und andere gesundheitliche Risiken minimiert werden. Ein CSC klärt auf und greift gegebenenfalls präventiv ein.

Partydrogen (Speed, Extasy)

Die Entwicklungen der verschiedenen Party- und Musikkulturen sind schon immer mit dem Gebrauch legaler und illegalisierter Drogen eng verbunden. Die gesundheitlichen Hauptrisiken von „Partydrogen“ wie Speed und Ecstasy liegen insbesondere in der unbekanntem Zusammensetzung der oftmals gestreckten Stoffe. Notwendig ist deshalb die Einführung von Drug-Checking-Projekten, in deren Rahmen es zu einer detaillierten Analyse der Substanzen und der Veröffentlichung der Ergebnisse kommt. In Österreich und der Schweiz führten derartige Projekte zu einer wesentlichen Reduzierung der gesundheitlichen Problematiken und zu einem gesteigerten Bewusstsein hinsichtlich der Wirkungen der Substanzen.

Eine wichtige Hilfe sind hier Initiativ-Gruppen, die fernab von Verharmlosung und Verteufelung eine sachliche Aufklärungs- und Beratungsarbeit in den Szenen durchführen. Langfristig lassen sich auch im Bereich der „Partydrogen“ die Problematiken nicht durch Verbote und Repressionen lösen. Erst die Legalisierung der Substanzen in Verbindung mit begleitenden Maßnahmen wie der Entwicklung einer mündigen Grundhaltung, ausgewählten Verkaufsstellen und Werbeverbote, wird zu einer grundlegenden Entschärfung der Situation führen.

Legale Drogen: Alkohol und Nikotin

Die beiden legalen Volksdrogen Nummer eins, Alkohol und Nikotin, fordern jährlich mehr Tote als alle illegalen Drogen zusammen. Dennoch sind beide überall erhältlich und gesellschaftsfähig. Werbeverbote für Alkohol und Zigaretten sind bundespolitisch notwendig. Auf kommunaler Ebene gilt es, verstärkt präventiv zu wirken und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben insbesondere beim Jugendschutz wirksam zu überprüfen.

Stoffungebundene Abhängigkeiten

Obwohl die Bezeichnung Verhaltenssucht für exzessive Verhaltensweisen (Spielen, Essen, Arbeiten, PC- und Internetnutzung) relativ neu ist, muss ihr gerade durch die Entwicklung der neuen Medien wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Verhaltenssüchte können ebenso wie stoffgebundene Süchte schwere gesundheitliche und soziale Folgen haben.

Unsere Forderungen in der Sucht- und Drogenpolitik für den Main-Kinzig-Kreis:

- Erhöhung der kommunalen Zuschüsse für die Drogen- und Suchthilfe und die Schaffung neuer Planstellen in den Einrichtungen der Drogenhilfe und des Jugendschutzes
- Ausweitung von (Früh-)Prävention und Beratungsangeboten (Schaffung interkultureller Suchthilfe, Projekte für Kinder aus suchtbelasteten Familien, verstärkte Prävention im Umgang mit Alkohol und Nikotin, Aufbau von Prävention im Umgang mit stoffungebundenen Abhängigkeiten)
- Aufbau kostenfreier alternativer Angebote (Kompetenztraining, Aggressions- und Stressbewältigung)
- Schaffung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie bessere Integration auf dem Arbeitsmarkt für ehemals Abhängige
- Förderung alternativer, selbstverwalteter Drogenprojekte in Nachsorge und Altenhilfe, z.B. Wohngemeinschaften von Senioren, 3-Generationen-Häuser
- Einführung von Drug-Checking-Angeboten wie z. B. in Österreich
- Förderung von Initiativ-Gruppen, die eine sachliche Aufklärungs- und Beratungsarbeit in den Szenen durchführen
- Entwicklung eines Programms in der Altenpflege für KonsumentInnen und Abhängige
- Erwirkung einer Ausnahmegenehmigung bei der Hessischen Landesregierung, um einen wissenschaftlich begleiteten Modellversuch „Cannabis Social Club“ zu ermöglichen.